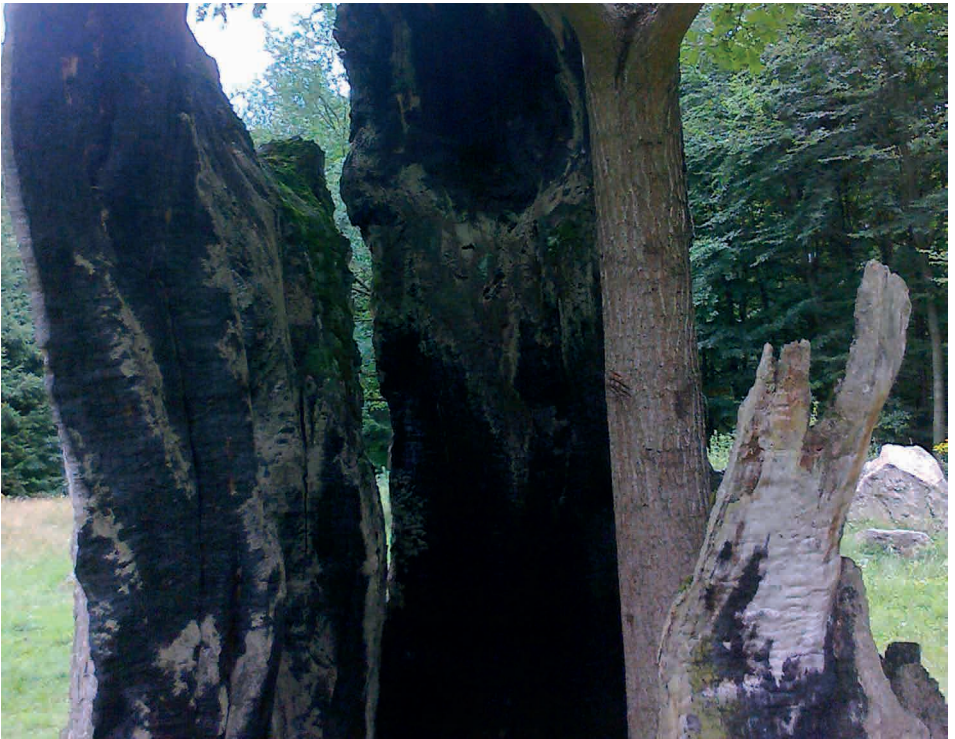


Briefe

Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde



Themenseiten: Der Kirchenwald



Evangelische Akademie
Sachsen-Anhalt e.V.

AUS DEM INHALT

EDITORIAL

Aufsatz
Das Bekennen in der Friedensfrage und die Jugendarbeit (Dietrich Bungeroth) 2

Aufruf
Die Ökumenischen Versammlungen 1989 in der DDR und ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Veränderungen (Dr. Klaus Wazlawik) 12

Leserbrief
Energie-Avantgarde Anhalt (Thomas Glaubig) 16

Leserbrief
Rosemarie Benndorf 17

Buchbesprechung
Martin Rothe: Genug gejammt! Gedanken über die Zukunft der Kirche (Christoph Kuhn) 18

Buchtipps
Bodenatlass 2015 19

Termine
Tagung der AG Kirchenwald 2015 21
Mehr Vielfalt in Agrarlandschaften! (II) 21
Ankündigung des 23. Elbe-Saale-Camps 22
8. Elbe-Kirchentag 23
Weiterbildung zur NaturkindergärtnerIn/ FacherzieherIn für Natur & Ökologie 23

DIE THEMENSEITEN – DER KIRCHENWALD

„Die Wurzel ist oben“ (Siegrun Höhne) 1
Aus alter Zeit (Aus der Sammlung von Karl-Hermann Bartels) 4
Kirchenwald heute – Leitlinie Wald (Susann Biehl) 7
Waldbau und Klimawandel (György Asztalos) 7

DIE BLAUEN SEITEN

UNmöglich? – Die Millenniumsentwicklungsziele und ihr Nachfolgeprozess (Lydia Schubert) 1

IMPRESSUM

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

an einem Septemberabend des Jahres 1780 spazierte Johann Wolfgang von Goethe durch den Fichtenwald bei Ilmenau. Abends schrieb er mit Bleistift an die Wand einer Jagdhütte auf dem Kickelhahn: „Über allen Gipfeln ist Ruh“. Dieses (Wanderers) Nachtlied avancierte schnell zu einem der bekanntesten deutschen Gedichte. Etwa 30 Jahre später veröffentlichten die Gebrüder Jacob und Wilhelm Grimm ihre Sammlung der „Kinder- und Hausmärchen“, in denen der Wald der wichtigste Schauplatz ist. Das romantische Waldbild dieser Zeit – eng verknüpft mit den Zielen der bürgerlichen Revolution – prägt bis heute weitgehend unsere Vorstellung vom Wald. Ganz unromantisch, sondern pragmatisch arbeiten die Forstleute, in der Vergangenheit wie heute, daran, den Wald in seinen vielfältigen Funktionen zu pflegen, zu fördern und für die nächsten Generationen zu erhalten. Auf den Themenseiten beschäftigen wir uns mit einigen Aspekten des breiten Themenfeldes Kirchenwald.

Uns erreichten vielfältige Reaktionen auf den Beitrag von Wolfram Hädicke im Heft 112 zum konziliaren Prozess. Diese Debatte (auch mit kritischem Blick auf das Erreichte) führen Dietrich Bungeroth und Karl Wazlawik in dieser Ausgabe weiter.

Liebe BRIEFE Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des Fördervereins der Studienstelle und die, die es werden wollen: Bitte merken Sie sich schon mal den 6. November 2015 vor. An diesem Tag wird unsere Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand wählen. Martin Bahlmann, Vorsitzender seit vielen Jahren, wird dieses Amt abgeben. Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge und Kandidaturen. Um Ihnen das „nach Wittenberg kommen“ zu erleichtern, bereiten wir zusätzlich zwei interessante Veranstaltungen zum Themenfeld Boden vor: am Nachmittag des 6.11. wird der Bodenatlas der Böll-Stiftung zur Diskussion gestellt, am 7. 11. lädt der Arbeitskreis Landwirtschaft und Umwelt zur Diskussion über aktuelle Herausforderungen des Bodenschutzes, auch für kirchliche Grundeigentümer, ein. Susanne Faby, Mandy Kranz und ich stehen für Ihre Rückfragen gerne zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Frühlingszeit!

Ihre Siegrun Höhne

Das Bekennen in der Friedensfrage und die Jugendarbeit

von *Dietrich Bungeroth*

Im Gespräch über das kirchliche Leben in der DDR höre ich heute manchmal die Behauptung, die evangelische Kirche habe sich damals dem Staat unter der Formel „Kirche im Sozialismus“ angebeidert. Ich bin ganz und gar nicht dieser Ansicht und schreibe daher einiges davon auf, wie ich als Jugendmitarbeiter der Evangelischen Landeskirche Anhalts die friedensethische Diskussion und die Suche nach einem Weg des Friedens erlebt habe.

Wir waren innerhalb der acht Landeskirchen durch die Konferenzen der Landesjugendpfarrer und der Schülerpfarrer, durch die Jungmännerwerke und die Kommission des Bundes für Kirchliche Jugendarbeit bestens vernetzt. In friedensethischer Hinsicht setzte die Jugendarbeit in allen Bereichen wichtige Impulse, die von den Synoden immer wieder aufgenommen wurden. Dabei waren die Erfahrungen der Synodalen, die aktiv oder als Bausoldaten gedient hatten, wichtig für so manche Konkretisierung.

So fordert im September 1987 die Bundessynode der Evangelischen Kirchen in der DDR unter dem Thema: „Bekennen in der Friedensfrage“ die Schaffung atomwaffenfreier Zonen und ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen. Nach der theologischen Begründung liest man hier folgende Sätze: „Weil wir lernen müssen, unsere Konflikte mit friedlichen Mitteln auszutragen, wollen wir mit der Friedenserziehung zu Hause beginnen und uns für die Friedenserziehung in Kindergarten, Schule und Gesellschaft einsetzen. ... Die Kirche sieht in der Entscheidung von Christen, den Waffendienst oder den Wehrdienst überhaupt zu verweigern, einen Ausdruck des Glaubensgehorsams, der auf den Weg des Friedens führt.“

Dieser Beschluss wurde für die Arbeit in den Kirchengemeinden veröffentlicht. Damit hatte sich die Bundessynode offen gegen die in der DDR und in den Warschauer Vertragsstaaten geltende politische und militärische Logik und Praxis der Abschreckung gestellt. Hier war aus der Sicht der Jugendarbeit etwas geschehen, worauf wir lange gewartet hatten.

Ein deutliches Zeugnis

Anfang der 60er Jahre hatten unsere Gemeinden durch die Einführung der atheistischen Jugendweihe einen empfindlichen Schlag hinnehmen müssen. Im Durchschnitt halbierten sich damals die Konfirmandenzahlen. Dagegen konnten die Kirchenleitungen wenig ausrichten, denn viele Familien gaben dem staatlichen Druck nach, weil nicht selten mit dem Verlust der Lehrstelle oder des Platzes an der Erweiterten Oberschule gedroht wurde. – Von diesem Verlust an Gemeindegliedern hat sich unsere Kirche bis heute nicht erholt.

Anders war es beim Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee (NVA). Hier war eine persönliche Entscheidung der Jugendlichen nötig. Besonders von 1962 an, als nach dem Bau der Mauer die Wehrpflicht eingeführt worden war, stand für viele junge Christen die Gewissensfrage. Da war die Regierung plötzlich kompromissbereiter, denn die Zahl der Wehrdienstverweigerer stieg. In der DDR wurde als einzigem Staat des Warschauer Paktes 1964 der waffenlose Dienst der Bausoldaten eingeführt. Einige besonders Mutige verweigerten auch diesen Dienst als einen faulen Kompromiss und wurden dafür eingesperrt.

Die evangelische Kirche bezog 1965 Position. „Zum Friedensdienst der Kirche“ war der Titel einer Handreichung, welche die Konferenz der Kirchenleitungen für die Mitarbeiter herausgab und darin ausführte: Der Friedensdienst der Kirche und der Christen sei im Friedensbund Gottes begründet, wie er durch das Alte und das Neue Testament bezeugt ist. Im Zeichen des Schalom Gottes seien wir dazu aufgerufen, die Verhältnisse zu verändern. So treffen sich Glaubenserkenntnis und Glaubensgehorsam in der Ablehnung des Krieges als ein Mittel der Politik. – Erstmals wurde hier auch von dem „deutlicheren Zeugnis“ der Wehrdienstverweigerer gesprochen. Viel hat in dieser Zeit die Jugendarbeit in der Seelsorge für die Verweigerer getan und bei der NVA dienende Soldaten begleitet, wo es ging.

Durch die SED wurde aus ideologischen Gründen die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben. An allen Polytechnischen Oberschulen führte man 1978 das Lehrfach „Wehrunterricht“ für die 9. und 10. Klasse ein. Einige von denen, die sich dagegen wehrten, durften in anderen Schulfä-

chern „nachsitzen“. Der Bund der Evangelischen Kirchen protestierte zwar mit einer Kanzelabkündigung: Kirchliche Bedenken gegen das Lehrfach seien nicht berücksichtigt worden, und die Friedenserziehung für die jungen Menschen werde Schaden nehmen. Aber es entstand der Eindruck, dass der innerkirchliche Focus des Jahres 1978 mehr auf den Ergebnissen des 6. März lag, denn Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen waren zum Gespräch beim Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Dringende Klärungen für Kirche und Diakonie konnte herbeigeführt werden.

Aus der Jugendarbeit kam 1980 die Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst, genannt SOFD. Viele Jugendliche hatten die Hoffnung, die DDR würde, analog zum Zivildienst in Westdeutschland, eine wirkliche Alternative zum Wehrdienst schaffen, was natürlich nicht geschah.

Als aber 1982 ein neues Wehrdienstgesetz erlassen wurde, das die alten Verordnungen verschärfte und auch Frauen einbezog, begann sich deutlicher Widerstand zu regen. Unter dem Dach der Kirche gründeten sich an vielen Orten Friedenskreise, darunter auch „Frauen für den Frieden“. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen gab im Mai 1982 den „Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes“ heraus. Darin stand als zentrale Forderung die Absage an die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft. – Die Bundessynode kritisierte im gleichen Jahr die verstärkt durchgeführten Maßnahmen der Zivilverteidigung wegen ihrer militärischen Komponenten mit der Begründung, dies führe zur Verharmlosung des Krieges.



Pionierpanzerbataillon aus Bad Schmiedeberg mit Trabantmotor, 1984 in Wolfen-Nord
Foto: Manfred Seifert

Warum junge Männer in der DDR vor fast allen Studiengängen drei Jahre zur NVA mussten, war der Jugend nicht zu erklären, denn es war schlicht Erpressung. Auch die Rede vom „Klassenfeind in der BRD“ zog nicht mehr. Für viele Jugendliche machte sich die SED damit selber lächerlich. Gediente Bausoldaten wurden von allen Hochschulstudiengängen ausgeschlossen, ausgenommen Theologie.

So haben viele Kinder und Jugendliche in den 40 Jahren der DDR vom Kindergarten bis zur Hochschule die stetig fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft erleben müssen. Das einzige Spielzeug, das die staatlichen Kindergärten durch die „Abteilung Volksbildung“ kostenfrei zugulieferte, bekam, war das Militärspielzeug: Mannschaften, Kanonen und Panzer. Dies hieß „Patriotisches Spielzeug“ und war Teil eines detaillierten Erziehungsprogramms, mit dem bereits die Kleinsten emotional auf das Soldatsein eingestellt werden sollten. Es war nicht selten vorgekommen, dass Volkspolizisten in die Kindergärten kamen, den Kindern ihre Pistolen zeigten und vom Schießen erzählten.

Auch die Unterstufen der zehnklassigen Polytechnischen Oberschulen wurden einbezogen, indem man Anfang der 80er Jahre mit dem „Manöver Schneeflocke“ die vormilitärische Erziehung für die Kleinsten einführte. Dazu gehörte das Marschieren im Gleichschritt und das Absingen von Kampfliedern.

Als wir während der Friedensdekaden in unseren Kirchen öffentlich anboten, Militärspielzeug, das es in jedem Spielzeugladen zu kaufen gab, gegen Matchboxautos zu tauschen, hatten wir einen großen Zulauf. So manches Kinderzimmer wurde in dieser Zeit abgerüstet.

Nicht nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch

Wir stellten uns jedoch in der Jugendarbeit die kritische Frage, was Handreichungen „für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ und Verlautbarungen der Konferenz der Kirchenleitungen für die jungen Christen bewirkten. Es wurde immer schwieriger, die durch die Verfassung im Artikel 20 bezeichnete Freiheit in Gewissens- und Glaubensfragen wirklich zu leben. Gerichtlich einklagbar waren Verwaltungsentscheidungen in der DDR ohnehin nicht. Aus unserer Sicht blieben die ab und zu stattfindenden „Sachgespräche“ zwischen Staat und Kirche ohne große Wirkung. Über die „Volksbildung“ verweigerte die Ministerin, Margot Honecker, ohnehin jegliches Gespräch mit der Kirche. Das war aber der tägliche Lebensbereich für die Kinder und Jugendlichen.

Wir hatten zwar in der Jugendarbeit 1983 den Aufruf des Ökumenischen

Rates der Kirchen von Vancouver für ein „Konzil des Friedens“ begrüßt, zumal der Begriff von Dietrich Bonhoeffer stammte. Nun warteten wir auf das „gemeinsame Wort der Kirchen, das die Regierenden der Welt nicht überhören können“. Aber die Sprache der Dokumente des konziliaren Prozesses war oft viel zu sperrig und jungen Leuten nur schwer zu erklären. In der Jungen Gemeinde und bei den Rüstzeiten musste es einfacher und konkreter zugehen.

Als eine Bernburger Junge Gemeinde 1983 in öffentlicher Sitzung der Anhaltischen Landessynode unangemeldet mit Plakaten und Parolen auftrat, war die Provokation ziemlich heftig. Ein Jahr später konnten wir der Synode über die Situation der Jugend und der kirchlichen Jugendarbeit berichten. Von da an wurden drei Vertreter aus den Jungen Gemeinden als Jugenddelegierte zu allen Synodaltagungen eingeladen.

Die Friedensdekaden

Die von der Jugendarbeit 1980 ausgehende Idee, den Frieden aus biblischer Sicht zum Thema zu machen, fand bald auch in den Gemeinden Anklang. Neu war dabei, gegen die weltweite Aufrüstung zur Buße, zur Umkehr und zum neuen Denken aufzurufen. Die Friedensdekaden wurden in den evangelischen Landeskirchen und katholischen Bistümern der DDR als fester Bestandteil des Kirchenjahres eingeführt. An den Bittgottesdiensten für den



Frieden beteiligten sich alle Generationen mit vielen kreativen Ideen. Bei den Jugendwochen in Bernburg, Köthen, Dessau und Zerbst gab es Diskussionen darüber, welche Konsequenzen die christliche Friedensbotschaft nicht nur für die Welt, sondern vor allem für den Lebensalltag der Schüler, Lehrlinge und Studenten hatte. Der Prophet Micha wurde zum Programm: „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen ... und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen“.

Druck auf Vließ war 1981 nicht genehmigungspflichtig.
Herst.: Textildruckerei Herrenhut, A.Dürninger

Mit dieser Forderung trat die evangelische Jugendarbeit in die Öffentlichkeit der DDR,

offenbar zur Überraschung der Regierung, zuerst mit einem Lesezeichen für die Schulbücher, später dann mit dem Aufnäher aus Vließstoff. Der Schmied, der ein Schwert zu einem Pflugschar umschmiedet, eine Skulptur des sowjetischen Bildhauers J. Wutschetitsch, stand vor der Tretjakowgalerie in Moskau und seit 1959 vor den Vereinten Nationen in New York und war daher für die Staatsmacht auch schwer angreifbar. Das biblische Wort und der Schmied trafen das Lebensgefühl der Jugendlichen, erlangten bald Verbreitung auch außerhalb der Kirchen und in anderen Ländern und wurden so zu einem Zeichen der Friedensbewegung.

Es war die Zeit des NATO-Doppelbeschlusses: Mit dem Warschauer Pakt verhandeln und gleichzeitig weiter aufrüsten. Die neuen Raketen sollten in Europa stationiert werden. Im Bonner Hofgarten hatten 1981 dagegen 300.000 Menschen demonstriert.

Mit den Jugendmitarbeitern unserer Partnerkirchen in Hessen und in der Pfalz pflegten wir traditionell einen besonderen Kontakt und diskutierten oft friedensethische Fragen, denn dort gab es seit 1980 die „Friedenswoche“. Die alljährlichen Arbeitertreffen in Ostberlin und in Gernrode galten dem gegenseitigen Kennenlernen und der thematischen Arbeit. Dass Jugendliche aus Ost und West sich immer wieder in Ostberlin und im sozialistischen Ausland, später auch in unseren Gemeinden treffen konnten, organisierte die Schülerarbeit. Von der Staatsicherheit wurde dies als „Feindkontakt“ bezeichnet. Wir ließen uns aber nicht beirren: Das war unsere gemeinsame Friedensarbeit. Denn wer miteinander redet, schießt nicht!

Im September 1982 tagte die Bundessynode in Halle, die ganz offen eine „Absage an Geist und Logik der Abschreckung“ forderte. Nicht wenige Synodale sahen in dieser Situation den status confessionis gegeben, denn die neuen Waffensysteme auch an der innerdeutschen Grenze sollten den begrenzten atomaren Erstschlag ermöglichen. Die Bundessynode unterstützte mit ihrem Beschluss alle Versuche, welche „friedenspolitische Alternativen zur militärischen Abschreckung bemühen“, und sie stellte sich an die Seite derer, die öffentlich den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ trugen.

In der Friedensdekade 1983 hing am Turm der Bernburger Marienkirche mit Beschluss des Gemeindekirchenrates eine weiße Fahne. Aneinander genähte Laken sollten verkünden: Wir sind bereit, Zweiter zu werden. Also brauchen wir keine weitere Aufrüstung, weder im Westen noch im Osten. Das rief den Landeskirchenrat auf den Plan, der argumentierte, dass die weiße Fahne am Kirchturm nichts weiter bedeuten könne als die Kapitulation. Aber vor wem kapitulieren wir als Kirche Jesu Christi? Die weiße Fahne sei theologisch unklar, politisch unklug und verärgere den Staat.

Eine Verständigung zwischen den Aktiven der Gemeinde und des Friedenskreises und dem Landeskirchenrat gelang nicht. Wir haben manchmal in der Jugendarbeit die Gesamtverantwortung, die die Kirchenleitungen wahrzunehmen hatten, nicht so gesehen. Zwar waren wir uns darin einig: „Schwerter zu Pflugscharen“ ist das Gebot und das Bekenntnis der Stunde. Der staatlichen Parole: „Der Friede muss bewaffnet sein“ konnten wir als Christen nicht folgen. Aber was nun konkret zu tun war, darum haben wir oft gerungen.

Schwerter zu Pflugscharen

Viele Jugendliche nähten sich 1980 „Schwerter zu Pflugscharen“ auf die Jacke. In der Schule von den Lehrern und in der Öffentlichkeit von der Polizei waren die Aufnäher oft z.T. samt Jacken weggenommen worden. Die Kirchenleitungen warnten vor dem Risiko, dem sich die Jugendlichen und damit unsere Jungen Gemeinden aussetzten, wenn sie weiterhin öffentlich die Staatsmacht reizten. Wir hätten als Jugendmitarbeiter die Pflicht, diese Jugendlichen zu bremsen, denn mit unserem ‚Vorschuss an Erfahrung‘ müssten wir doch voraussehen, was da passieren würde.

Wir haben dem widersprochen mit dem Hinweis, wir könnten da wenig ausrichten, denn diese Jugend hat einen ‚Vorschuss an Betroffenheit‘. Das Risiko, welches die Jugendlichen auf sich nahmen, kam aus ihrer inneren Überzeugung. Ihre Opposition war gegen die stetig fortschreitende Militarisierung der DDR-Gesellschaft gerichtet. Sie hatten verstanden: „Schwerter zu Pflugscharen“ war die Antwort auf die innerdeutsche und weltweite Aufrüstung.

Der von uns Jugendmitarbeitern in den 80er Jahren geforderte ‚Vorschuss an Erfahrung‘ war die Erwartung der Generation in unserer Kirche, die 1953 in der DDR erlebt hatte, wie die Staatsmacht Kritik niederschlug. Damals war das Kugelkreuz der Jungen Gemeinde das Bekenntniszeichen: Jesus Christus ist der Herr der Welt. Mit Umsicht und Mut war es gelungen, die Eigenständigkeit der Kirche und der Jungen Gemeinden zu erhalten.

Als es Anfang der 80er Jahre bei den Auseinandersetzungen um den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ zu polizeilichen Maßnahmen und Ordnungsstrafen kam, probten wir in der Jugendarbeit mit Rollenspielen das Verhalten bei polizeilichen Zuführungen und Argumente für Streitgespräche in der Schule und im Betrieb. Die Staatssicherheit brach in Pfarrhäuser ein, kontrollierte Telefone und die Post. Sie erpresste und missbrauchte Jugendliche als informelle Mitarbeiter und inszenierte ihre „operativen Personenvorgänge“ gegen Jugendmitarbeiter, um unsere Arbeit „zu stören und zu zersetzen“, wie es in den Akten heißt. Unter dem Ungeist und der Unlogik der Abschreckung eskalierten die inneren Verhältnisse in der DDR gerade um das Thema Frieden.

Im Jahr 1984, mitten in dieser Auseinandersetzung, gab es eine staatliche Anweisung für alle Lehrlinge in den Betrieben, an einer vormilitärischen Ausbildung teilnehmen zu müssen, die von der paramilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik“ durchgeführt wurde. Also sollten sie noch vor der Musterung und Einberufung marschieren und Kampflieder singen, dazu Kampfbahn und Schießübungen absolvieren! Der erfolgreiche Abschluss der Lehre diente als Druckmittel. Einige haben sich trotzdem dagegen gewehrt, meist mit Erfolg.

Im Blick auf die Weltpolitik klang für mich Mitte der 80er Jahre das Genscherwort: „Wir haben uns verstiegen!“, wie ein Eingeständnis der Elterngeneration, dass der Weg der Abschreckung mit militärischen Mitteln die Welt an den Rand einer Katastrophe gebracht hatte. Wir waren uns in der Jugendarbeit einig darin: Jesus Christus ist der Herr der Welt, aber unser Bekenntniszeichen war das biblische Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“.

Bekennen in der Friedensfrage

Der o.g. Beschluss der Bundessynode von 1987 „Bekennen in der Friedensfrage“ umriss sehr klar die Situation in der DDR, war theologisch verständlich und sprach vor allem eine deutlich kritischere Sprache gegenüber der Staatsmacht, als wir sie bisher in Synodalphapieren gehört hatten. Der Konziliare Prozess führte zur Schärfung der Argumente und zum gemeinsamen Vorgehen der Kirchen in ökumenischer Zusammenarbeit. Die Forderung nach der „vorrangigen Option der Gewaltlosigkeit“ stammt aus dieser Zeit und ist auch in der aktuellen Diskussion um die ultima ratio beim Einsatz der Bundeswehr im Ausland ein wichtiges Argument.

Dass die Wehrpflicht in der DDR für manchen auch zu den Ausreisegründen gehörte, war bekannt. Von Jugendlichen und Familien in unseren Gemeinden und auch von Kollegen wurden immer mehr Ausreiseanträge gestellt, weil sie es im „real existierenden Sozialismus“ nicht mehr aushielten. Das war eine der schmerzlichsten Erfahrungen ab Mitte der 80er Jahre. Wir, die wir bleiben wollten, waren gezwungen zu begründen, warum wir blieben. Es verstärkte sich zwangsläufig das Bemühen, die Verhältnisse in der DDR zu verändern.

Dann kam die Zeit der friedlichen Revolution. Die Anhaltische Jugendkammer ermutigte im Oktober 1989 in einem Brief die Jungen Gemeinden und Jugendmitarbeiter, sich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzumischen und mit Mut und Geduld für Veränderungen einzutreten. Die Landessynode der Evangelischen Landeskirche Anhalts sah mit einem Beschluss im November 1989 in dem gegenwärtigen Aufbruch in unserer Gesellschaft „ein ermutigendes Zeichen“. Sie rief dazu auf, Reformen in Staat und Politik, Wirtschaft, Kultur und im Umgang mit unserer Umwelt durchzuführen. Das Wohl der Menschen in unserem Land müsse über allen politischen Positionen stehen. So war es möglich, in gemeinsamer Verantwortung für die Friedensgebete im Herbst 1989 unsere Kirchen zu öffnen, von hier aus den Ruf „keine Gewalt“ auf die Straßen zu tragen.

Viele hatten die Hoffnung, dass nach dem Ende der DDR auch der Kalte Krieg beendet ist. Heute, im Zeitalter der asymmetrischen Kriege, des Terrorismus und neuer Aufrüstung ist der Text dieses Synodenbeschlusses

aktuell wie vor 30 Jahren. Es ist notwendig, dass es die Friedensdekade heute noch gibt, denn es muss weiter für den Frieden in der Welt gebetet und gearbeitet werden.

Pfr. i. R. Dietrich Bungeroth; Landesjugendpfarrer 1981-1990 und Beauftragter für Seelsorge und Beratung von Kriegsdienstverweigerern 1992-2009

Die Ökumenischen Versammlungen 1989 in der DDR und ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Veränderungen

Ein Ruf aus der Basisbewegung

von Dr. Klaus Wazlawik

Vom 26.04. - 30.04.1989 fand in Dresden die dritte Ökumenische Versammlung (ÖV) in der DDR statt, obwohl Partei- und Staatsführung der ehemaligen DDR mit aller Macht versuchten, aufkommende Kritik am „realen Sozialismus“ zu unterdrücken. Zehntausend Einsendungen trafen beim Präsidium zu den Anliegen bei der ÖV ein. Die Brisanz dieser ÖV wird dadurch erst erklärbar. Von ihr gingen entscheidende Impulse für die Veränderungen in der DDR aus. In einer gesellschaftlichen Situation, in der es noch keine Parteigründungen gab, sondern nur kleine Gruppen und Einzelne, die im Verborgenen agierten, haben Christen unterschiedlicher Konfessionen aus ihrem Glaubensverständnis heraus zwölf Ergebnistexte verfasst und in die Öffentlichkeit gebracht, die man durchaus als revolutionär bezeichnen kann. (Anlage 1).

Dabei muss bedacht werden, dass sich Kirchen und Christen nicht in das Herrschaftssystem der SED einfügen ließen, nach Meinung der Partei- und Staatsführung einer veralteten Ideologie anhängen und deshalb auch häufig benachteiligt wurden. Gerade in dieser Situation entstand eine gemeinsame Herangehensweise der beiden großen Konfessionen, die in der Kirchengeschichte einmalig ist. Verfasste Kirchen und ihre Basis einigten sich nach einem dreijährigen, partnerschaftlichen Prozess auf gemeinsame Aussagen für den Einzelnen, die Kirchen und die Gesellschaft. Deren Grundlagen wurden im Beschluss „Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (Theologische Grundlegung)“ formuliert.

Die 146 Delegierten der verfassten Kirchen und ihrer Basis sowie 27 Berater/innen) kamen aus 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften (Anlage 2). Sie beschlossen die oben genannten zwölf Texte und übergaben diese den Vertretern der Kirchenleitungen, die zusagten, die Texte zu veröffentlichen und umzusetzen. Schon bei der Eröffnung der 1. ÖV am 13. Feb. 1988 wurde deutlich, dass Klartext geredet werden würde. In einem der „Zeugnisse der Betroffenheit“ hieß es: „Die Mauer ist der sichtbare Beweis für den inneren Unfrieden in der DDR.“



1. „Die Wurzel ist oben“

Die Kirche und ihr Wald

von Siegrun Höhne

Während uns Deutschen allgemein eine tiefe emotionale Verbindung zum Wald nachgesagt wird, ist das Wissen um den Wald eher gering. Auch in den Kirchen ist Kirchenwald eher eine Randnotiz. Einige Gemeinden besuchen ihren Wald mit Andachten und Gottesdiensten im Grünen, andere wissen kaum, dass sie Wald besitzen.

Dabei sind die Zahlen beachtlich: so besitzen kirchliche Eigentümer in der EKM 12.000 Hektar Wald. Mit 46 Prozent sind die Kiefern am meisten vertreten, gefolgt von Fichten, Eichen und Buchen. Die Bestände sind in der Regel klein parzelliert und in Streulage, so dass die Bewirtschaftung und Entwicklung der Wälder eine Herausforderung darstellt.



Die Forstverwaltung der EKM ist dem Grundstücksreferat zugeordnet (Sachgebiet Forsten). Hier werden die Kirchlichen Waldgemeinschaften (KWG), die Pfarreien und die waldbesitzenden Kirchengemeinden betreut. Die Bewirtschaftung erfolgt entweder durch die Staatlichen Forstbetriebe per Vertrag oder durch private Forstunternehmen. Angestellte Kirchenförster gibt es in der EKM nicht mehr. Der Focus liegt auf einer ökologisch und ökonomisch ausgerichteten Optimierung der kirchlichen Waldbewirtschaftung.

Aktuell hat die EKM eine Richtlinie für die Bewirtschaftung des kirchlichen Waldbestandes verabschiedet (siehe Beitrag 3).

Wie die Bewirtschaftung des Waldes im Sinne einer Erhaltung aller Waldfunktionen bei wirtschaftlicher Tragfähigkeit aussehen soll, ist auch Diskussionsthema der regelmäßigen Treffen der Arbeitsgemeinschaft Kirchenwald. Sie ist eine deutschlandweite, ökumenische Plattform für kirchliche Waldbesitzer, Kirchenförster und andere am Kirchenwald Interessierte. Neben der jährlichen Fachtagung (in diesem Jahr vom 27. bis 29. Mai in Dresden zum Thema: Praxisorientierte forstliche Forschung) bemüht sich die AG durch Publikationen und Bildungsangebote und mit einer Ausstellung, Interesse am Kirchenwald zu wecken und Informationen zu vermitteln. Eine Ausstellung mit dem Titel „Die Wurzel ist oben“ ist als Wanderausstellung konzipiert und kann von Gemeinden oder kirchlichen Einrichtungen ausgeliehen werden.

Die AG geht auf ein Treffen in Wittenberg vor 30 Jahren zurück, hier trafen sich Menschen, die sich um die staatlich negierten Waldschäden sorgten.



Die Gruppe sammelte Informationen und verbreitete sie. Später wuchs das Bedürfnis, sich über landeskirchliche und Diözösgrenzen hinweg auszutauschen, so wurde die AG im Jahr 1995 gegründet.

Informationen zu den Jahrestagungen der AG Kirchenwald und den Arbeitsthemen sowie Ansprechpartner finden Sie unter www.kirchenwald.de

Quellen:

www.kirchenwald.de

AFZ-Der Wald, Heft 11/2010, S. 3 bis 17

2. Aus alter Zeit

Forstlich Interessantes aus dem Pfarrarchiv Losse und Drüsedau

Zusammengestellt auf Grundlage der Sammlungen von Karl-Hermann Bartels

Nach der Reformation wurde das Kirchenwesen neu geordnet. Dazu gibt es zahlreiche Dokumente in den Kirchenarchiven, so zum Beispiel die „Protokolle der ersten lutherischen General-Kirchenvisitation im Erzstifte Magdeburg anno 1562 – 1564“. Das Ergebnis dieser Visitation für die Kirchengemeinden Losse und Drüsedau: Losse besaß zwei Hufen Land (15 bis 16 ha), Drüsedau besaß eine Hufe (7 bis 8 ha). Es wurden hier aber keine Angaben über die Lage der Flächen gemacht, ebensowenig über deren Nutzungsart.

Wie lief eine solche Visitation ab? Am Tag der Visitation hatten zu erscheinen: der Pfarrer, der Schulze des Ortes, die Gotteshausleute (?) und die Ältesten der Gemeinde. Da es auf den Dörfern meist keine schriftlichen Unterlagen gab, wurden Titel, Verpflichtungen und Erträge mündlich festgestellt. Grundausrüstung für die Pfarrstelle war die Pfarrhufe, die es in jedem Ort seit Jahrhunderten gab – in manchen Orten war die Fläche auch größer. Ursache dafür konnte eine höhere Einwohnerzahl, aber auch eine schlechte Bodenqualität sein. Die Hufe wurde in den deutschen Ländern und Fürstentümern unterschiedlich berechnet. In der Altmark entspricht sie 30 bis 35 Morgen.

In den meisten Fällen betrug das Pachtaufkommen für eine Hufe den Zehnten des Ernteertrages, etwa 24 Scheffel Getreide. Daraus ergibt sich ein anzunehmender Ertrag von ca. vier Doppelzentnern pro Morgen. Zur Pfarrbesoldung gehörten außerdem das „Meßkorn“, dessen Höhe unterschiedlich ausfiel und dem „Meßgeld“, einer Abgabe der Hofstellen. An kirchlichen Feiertagen erhielten Pfarrer und Küster von den Bauern Brot, Wurst und Eier und Käse. Meist ging der Küster von Haus zu Haus und sammelte die Gaben ein. Einige Pfarrer bewirtschafteten zu dieser Zeit die Pfarrhufe selbst, was in den Visitationen gerügt wurde. Sie wären mehr Ackermann als Pfarrer, hieß in einigen Visitations-Abschieden.

Erste schriftliche Quellen zum Kirchenwald in Losse und Drüsedau fin-

den sich erst ab 1859 in den Unterlagen. Anlass des Schriftwechsels ist eine langwierige juristische Auseinandersetzung zwischen dem Superintendenten und Konsistorium auf der einen und dem örtlichen Pfarrer auf der anderen Seite: dem Pfarrer standen gewisse Ertragsanteile und Deputate aus dem Kirchenwald zu, er wirtschaftete aber, als wäre es sein eigenes Waldstück. Erst nach einem dreißigjährigen Rechtsstreit, bei dem wenig christliche Nächstenliebe erfahrbar war, gelang ein Vergleich, und der Kirche blieb ihr Eigentum erhalten.

Aus dem Jahr 1881 sind Betriebspläne des örtlichen Försters erhalten. Einer ersten Forsteinrichtung nach wurden die Flächen plenterweise bewirtschaftet und hatten ein gutes Altersklassenverhältnis. Auf den armen Sandstandorten standen fast ausschließlich Kiefern. Der Förster empfiehlt für die weitere Bewirtschaftung:

- „ ... das die Flächen nach dem Abtriebe so bald als möglich wieder cultiviert werden, dass der überdies schon humusarme Sandboden nicht zu sehr austrocknet und den Wiederaufbau erschwert“
- „ ... dass Streuharken auf die alten Bestände beschränkt bleibt und sich nicht alljährlich wiederholen darf“
- „ ... dass die Abtriebsschläge im nächsten Winter vom Holze geräumt sind, um die Cullturen im nächsten Frühjahr vornehmen zu können, welche auf ebener Fläche mit Zapfen und Samen, auf den Hügeln dagegen mit Pflanzung vorzunehmen sind“ (*Quelle: Pfarrarchiv Losse, Akte 107 a*)

Im Pfarramt Losse wurden von 1893 bis 1956, also bis zur Gründung der Kirchlichen Waldgemeinschaft, die Einnahmen und Ausgaben der Forstkasse dokumentiert. In etwa zwei Dritteln der Jahre war das Ergebnis positiv. Aus dieser Kasse wurde unter anderem der gemeindliche Forstarbeiter bezahlt. Dass dies nicht immer verabredungsgemäß geschah, dokumentiert ein sorgenvoller Beschwerdebrief eines Forstarbeiters an den Pastor und die Gemeinderäte.

Untere Forstbedienstete wurden zu einem Drittel aus sogenannten Forststrafen bezahlt. Daher waren Forstarbeiter mehr gefürchtet als beliebt, denn sie verfolgten jeglichen Forstfrevel streng. Zum Beispiel ist dokumentiert, dass ein Leineweber von einem liegenden Stamm drei Schubkarren voll starke Äste stahl. Zur Strafe musste er 24 Groschen zahlen (der

Wert des gestohlenen Holzes betrug vier Groschen). Er hat dafür zwei Tage gegessen.

Von 1945 an gab es unklare Zuständigkeiten und Kompetenzgerangel zwischen der Pfarre, dem Bürgermeister und dem staatlichen Revierforstamt um Durchforstungen, Eigenwerbung für das Pfarrhaus, Vergabe von Brennholz an Bedürftige und die Art der Bewirtschaftung. An die Erfüllung des Holzeinschlag-Solls wird 1953 die Erlaubnis zur Eigenwerbung geknüpft. Mit der Gründung der KWG wurden die Gemeinden ein gutes Stück von dem umfangreichen Papierkrieg entlastet.

Karl-Heinz Bartels schreibt in seiner Schlussbetrachtung: „Beim Studium alter Forstakten kann man die Erkenntnis gewinnen, warum unsere Forstleute es damals so und nicht anders gemacht haben. Es gab bereits früher Sachzwänge, denen sich der Bewirtschafter nicht entziehen konnte oder wollte. Im Jahre 1934 waren wir mit der Bewirtschaftung sehr weit. Die Kahlschlagwirtschaft ist zu Gunsten einer Einzelstamm-Pflegewirtschaft aufgegeben worden. Durch Krieg und Not der Nachkriegszeit ergaben sich leider Sachzwänge, diese Wirtschaftsweise aufzugeben. Heute, nach fast 70 Jahren, wären wir froh, wenn wir dort wieder anknüpfen könnten.“

Und: „generell bleibt festzuhalten, dass sich die Forstleute und Waldverantwortlichen zu jeder Zeit sehr um ihren Wald bemüht haben. So möge es auch bleiben.“

Karl-Hermann Bartels war Kirchenförster in Havelberg

Er sichtete Unterlagen über den Kirchenwald in Losse und Drüsedau im Jahr 2001 und stellte die aus seiner Sicht wesentlichen Unterlagen in einem Buch zusammen. Alle Angaben in diesem Text wurden aus der Sammlung entnommen und von Siegrun Höhne zusammengestellt.

3. Kirchenwald heute – Leitlinie Wald

von Susann Biehl

Unter Berücksichtigung der langen Lebenszeiten von Bäumen und Wald-ökosystemen können forstliche Entscheidungen, die heute getroffen werden, erst von unseren Enkeln und Urenkeln beurteilt werden. Im Bewusstsein dieser Verantwortung, verabschiedete das Kollegium, unterstützt und befürwortet von der Synode, im Frühjahr 2014 die „Leitlinien zur Bewirtschaftung der Wälder der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland“.

Die Leitlinien zur Bewirtschaftung der Wälder der EKM sind eine Willensbekundung und Selbstverpflichtung der Waldeigentümer der EKM, verantwortlich, nachhaltig und zukunftsfähig mit den ihnen anvertrauten Waldflächen umzugehen. Mit dem, in den Leitlinien festgeschriebenen Grundsatz (1) und den Zielen (2) wird den aktuellen Anforderungen an den Wald hinsichtlich Naturschutz, Klimawandel, Sozialpflichtig- und Wirtschaftlichkeit gerecht. Zur Umsetzung (3) werden waldbauliche Handlungsempfehlungen erarbeitet, damit stabile, an Baumarten und Altern gemischte Wälder an die künftigen Generationen übergeben werden können. Inhalte aus dem Waldwirtschaftsgesetz und dem Waldkonzept der ehemaligen Teilkirchen werden fortgeschrieben und aktualisiert.

Neben den gesetzlichen Grundlagen ist es ganz entscheidend, welche Ziele die kirchlichen Waldbesitzer mit ihren Flächen verfolgen. Im Extremfall könnte das entweder der höchste ökonomische Nutzen durch intensive Bewirtschaftung sein (Argument der Wahrnehmung kirchlicher Aufgaben, Pfarrerbesoldung, Erhaltung der Kirchen und Gebäude) oder die völlige Unterschutzstellung aus naturschutzfachlichen Gründen (Argument der Schöpfungsbewahrung und Förderung der Biodiversität).

Eine Hilfe zur Abwägung der nur im Extrem divergierenden Ziele stellen die nachfolgenden Leitlinien dar. Es gilt, die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte nachhaltig zu berücksichtigen. Diese Abwägung – in der täglichen Arbeit und bei der Planung forstlicher Maßnahmen vorzunehmen – wird den Kirchengemeinden, den kirchlichen Waldgemeinschaften und den Förstern im Kirchenwald durch die beschlossenen Leitlinien erleichtert.

Leitlinien zur Bewirtschaftung der Wälder der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

1 Grundsatz

Den Wald in seiner Vielfalt zu erhalten ist ein besonderes Anliegen der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Sie wird damit ihrer Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung und ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung als Waldeigentümer gerecht.

Durch eine naturnahe Waldbewirtschaftung werden die Anforderungen an den Wald nachhaltig erfüllt.

2 Ziele

2.1 Nachhaltigkeit

Der Wald wird nachhaltig bewirtschaftet. So werden die vielfältigen Leistungen des Waldes dauerhaft und optimal zum Nutzen der gegenwärtigen und künftigen Generationen erfüllt.

2.2 Nutzen für die kirchlichen Waldeigentümer

Es ist ein positives, mindestens ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erreichen. Dies ist erforderlich, um langfristig den Besitz zu sichern und dauerhaft einen Beitrag zur Erfüllung kirchlicher Aufgaben, je nach Zweckbindung (z. B. Pfarrerbesoldung, Erhaltung kirchlicher Gebäude) zu ermöglichen.

Zur Gewährleistung der Liquidität und Absicherung von konjunkturellen Schwankungen des Holzmarktes und der Folgen von Kalamitäten sind angemessene Rücklagen zu bilden.

Die Risikovorsorge erfolgt über den Forstausgleichsfonds.

2.3 Naturschutz und Landschaftspflege

Ein wichtiges Ziel ist es, die Bewahrung, Erhaltung und Verbesserung der biologischen Vielfalt (Biodiversität) im Wald zu sichern und in die Waldbewirtschaftung zu integrieren. Ein angemessener Totholzanteil und Habitatbäume als Beitrag zum Biotop- und Artenschutz sind zu erhalten. Dies findet besondere Berücksichtigung in Schutzgebieten.

2.4 Boden- und Wasserschutz

Waldböden sind schonend zu behandeln. Die Waldbewirtschaftung orientiert sich an einer positiven Wirkung auf das Grund- und Oberflächenwasser.

2.5 Klimaschutz und Kohlenstoffspeicherung

Die lokale und regionale Klimaschutzwirkung ist sicherzustellen. Die Kohlenstoffspeicherung als Beitrag zur Reduktion des klimaschädlichen Kohlendioxids ist durch eine angemessene Vorratshaltung und nachhaltige Holzentnahme zu gewährleisten.

In besonderer Weise soll dem bisherigen Kenntnisstand über den Klimawandel durch entsprechende waldbaulichen Maßnahmen und Baumartenwahl Rechnung getragen werden.

2.6 Kulturfunktion

Es ist ein besonderes Ziel, im Kirchenwald Leistungen zur Erholung, Information und Umweltbildung der Menschen zu erbringen.

2.7 Rolle des Kirchenwaldes im ländlichen Raum

Das Cluster Forst und Holz stellt einen wichtigen Faktor zur Erhaltung von Arbeitsmöglichkeiten, Einkommen und Wertschöpfung im ländlichen Raum dar. Im Kirchenwald sollen die Arbeiten durch ausgebildete Fachkräfte unter Achtung gerechter Entlohnung, sozialer Standards und bewährter Forsttechnik durchgeführt werden.

2.8 Rohstoffnutzung

Die Holzproduktion soll nachhaltig einen hohen Anteil wertvollen Starkholzes sowie eine breite Produktpalette hervorbringen. Die Produktionsfunktion gewährleistet die Bereitstellung des ökologisch wertvollen Rohstoffes Holz und sichert damit die betriebswirtschaftlichen Ziele.

2.9 Wald und Wild

Im Kirchenwald wird eine angemessene Wilddichte angestrebt, die eine unbeschadete Entwicklung des Waldes durch die natürliche Verjüngung der waldbaulich gewünschten und standortgemäßen Baumarten ermöglicht. Aus der Bejagung sind Erlöse zu erzielen, wobei die Jagd grundsätzlich dem Waldbau dient.

2.10 Rangordnung der Ziele

Grundsätzlich sollen die Ziele gleichrangig verfolgt werden.

In begründeten Fällen können ein oder mehrere Ziele in den Vordergrund treten.

Die sozialen und ökonomischen Ziele können nachhaltig nur bei Beachtung der ökologischen Erfordernisse erreicht werden. Daher sind im Konfliktfall die Schutzziele, wegen ihrer weitreichenden Bedeutung für die Erhaltung des Ökosystems Wald, in besonderer Weise zu berücksichtigen.

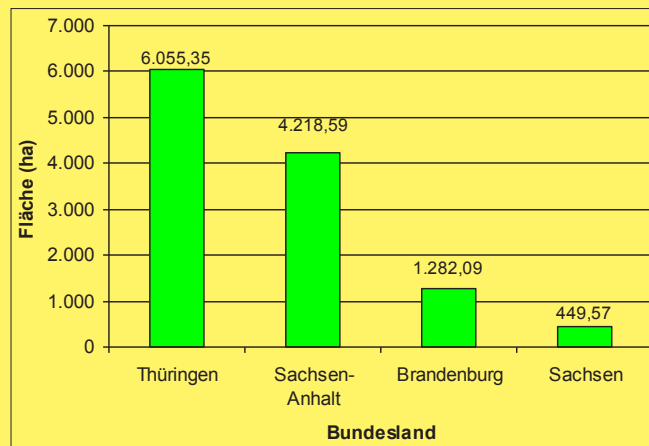
Die Erfüllung aller Ziele hat dem ökonomischen Prinzip zu folgen. Das bedeutet, dass der angestrebte Nutzen mit möglichst geringem Aufwand zu erzielen oder mit den zur Verfügung stehenden Mitteln der höchstmögliche Nutzen zu erreichen ist.

3 Umsetzung

Zur Erreichung der vorangestellten Ziele wird der Wald der EKM nach anerkannten forstlichen Grundsätzen ordnungsgemäß, nachhaltig und naturnah bewirtschaftet und mittelfristig zertifiziert. Für die forstlichen Bewirtschafter werden regelmäßig zu aktualisierende waldbauliche Grundsätze erarbeitet um stabile, an Baumarten und Strukturen gemischte Wälder aufzubauen und zu erhalten.

Der Wald der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland – ein Überblick

Insgesamt tragen die verschiedenen Eigentümer wie beispielsweise Kirchengemeinden, Pfarreien, die Landeskirche selbst und Stiftungen innerhalb der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) die Verantwortung über 12.000 Hektar Wald. Diese liegen in vier Bundesländern (siehe Diagramm).



UNmöglich? – Die Millenniumsentwicklungsziele und ihr Nachfolgeprozess

Bericht über den Fachtag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in der Evangelischen Akademie in Wittenberg

von Lydia Schubert

Ein Ergebnis des Fachtags könnte lauten: Eigentlich sollte ich diesen Artikel anders beginnen, anders als so:

Die Welt im Jahr 2015 sollte eine bessere sein. Auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen wurden daher im Jahr 2000 aus der Millenniumserklärung acht entwicklungspolitische Ziele abgeleitet, die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, kurz MDGs). Diese bildeten den großen entwicklungspolitischen Handlungsrahmen der vergangenen Jahre, auch im Bildungsbereich. Dieses Jahr laufen sie aus. Bekannt war vor allem das erste Ziel¹, die Halbierung des Anteils der Menschen, die in extremer Armut leben bis 2015 (Vergleichsjahr 1990). Dieses Ziel wurde bereits 2010 erreicht: Im Jahr 1990 lebten noch 36 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut, hatten also weniger als 1,25 US-Dollar täglich zur Verfügung. Bereits 2010 war dieser Anteil auf 18 Prozent gesunken – dies entsprach jedoch immer noch 1,2 Milliarden Menschen (1990: 1,9 Milliarden).² Die Zielerreichung ist daher nicht nur eine gute Nachricht – vor allem, wenn man regionale Unterschiede bei der Zielerreichung beachtet: Afrika südlich der Sahara wird die Zielvorgabe laut Prognosen der Weltbank wohl verfehlen.³



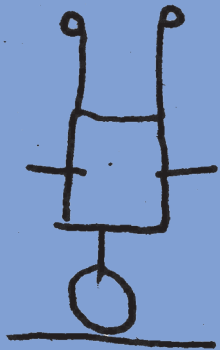
Bei allen Fortschritten bleibt also genügend Handlungsbedarf und die Frage steht im Raum: Was kommt nach den MDGs? Allgemeiner: Wagen

¹ Das erste Ziel geht darüber hinaus und umfasst bspw. auch die Halbierung des Anteils der Menschen, die Hunger leiden (1c).

² Vgl. UN (Hg.), Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2014, New York 2014, <http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG%20Report%202014%20German.pdf>, 8 (siehe Grafik).

³ Vgl., ebd. 9

wir weiterhin, uns eine lebensfreundlichere Welt vorzustellen und uns dafür einzusetzen? Uns – das meint die Staatengemeinschaft, uns – das meint aber auch Bürger/-innen dieser Staaten, welche das Arbeiten an der Zielerreichung bei ihren Politiker/-innen anmahnen können. Uns, das meint auch Bildungsakteure der Einen Welt.



Zum zweiten Mal trafen sich am 4. März Akteure der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in der Evangelischen Akademie in Wittenberg zum entwicklungspolitischen Fachtag, der in Kooperation mit dem EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt organisiert wurde. Das Format von theoretischer Weiterbildung am Vormittag zu einem Thema (durch Vortrag und Diskussion) und Erkundungen zur pädagogischen Bearbeitung dieses Themas am Nachmittag (durch einen längeren Workshop) bewährte sich erneut.

Den Impulsvortrag hielt Dr. Sonja Grigat, Politikreferentin bei VENRO, dem Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Sie gab einen Überblick zu Stärken und Schwächen der MDGs⁴ und leitete über zu einem neuen Vorschlag einer entwicklungspolitischen Agenda, den SDGs (Sustainable Development Goals, Ziele für nachhaltige Entwicklung).⁵ Wie der Name bereits ausdrückt, sollen bei der neuen Zielsetzung Entwicklungs- und Umweltziele

⁴ Weiterführend dazu auch bspw. Martens, Jens (Global Policy Forum Europe u. a., Hg.), Globale Nachhaltigkeitsziele für die Post-2015-Entwicklungsagenda, Bonn/Osnabrück 2013, https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Report_Globale_Nachhaltigkeitsziele_Online.pdf.

⁵ Den Vorschlag unterbreitete die OWG, die Open Working Group; er ist hier auf Englisch nachzulesen: <https://sustainabledevelopment.un.org/focussdgs.html> und hier deutsch: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/036/1803604.pdf>. Weiterführend dazu: Stellungnahme von VENRO und anderen NGOs (Hg.), Bundesregierung muss sich für ambitionierte Ziele für nachhaltige Entwicklung einsetzen!, Februar 2015, http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/fileadmin/BILDER/Illustration/Fachpublikationen/Gemeinsame_Stellungnahme.pdf.

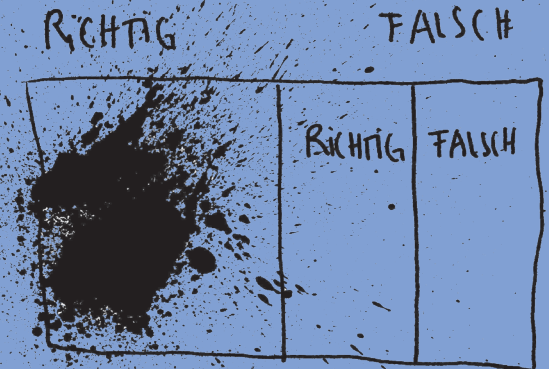
verbunden werden. In vielen Punkten reichen die vorgeschlagenen SDGs mit ihren 17 Hauptzielen und 169 Unterzielen weiter als die MDGs; so sollen auch sogenannte Industrieländer an Zielvorgaben gebunden werden (bspw. SDG 12: Eine nachhaltige Konsum- und Produktionsweise sicherstellen). Derzeit ist u.a. noch offen, wie die Ziele gemessen werden sollen; was genau im Herbst 2015 verabschiedet werden soll, wird gerade ausgehandelt.

Und wie diese umfassenden Vorstellungen einer besseren Welt in die pädagogische Praxis übersetzen? Mit Tanz, Theater, bildender Kunst, Literatur, Medien, Spiel, Zirkus, Musik, kurz: Kultureller Bildung! „[Kulturelle Bildung] ermutigt Menschen, mit Kreativität und Fantasie die eigene wie auch die gesellschaftliche Zukunft neu zu denken und zu entwerfen. [...] Durch die ‚Künstler-Brille‘ können Kinder, Jugendliche und Erwachsene ihr alltägliches Tun und Handeln in einem anderen Licht sehen und erfahren, wie sie Prozesse, Werke und (Um-)Welten lustvoll gestalten können.“⁶

Deshalb hätte ich den Artikel vielleicht anders beginnen sollen, vielleicht mit den Projekten aus dem Schnittpunktbereich kulturelle/entwicklungspolitische Bildung, welche die Teilnehmenden erkundeten: Das Radioballett (<https://www.youtube.com/watch?v=do9UiEGCWKU>) oder das Wandbild in Minden (<http://www.wl-minden.de/hagemeyer.html>).

Vielleicht hätte ich beginnen sollen mit

⁶ Projekt der bkj (Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung) „Künste bilden Umwelten“, <http://www.kuenste-bilden-umwelten.de/zum-projekt.html>, Zugriff 27.02.2014. Weiterführend dazu auch Magazin der bkj (Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung): Magazin KULTURELLE BILDUNG Nr. 9: Kulturelle Bildung für nachhaltige Entwicklung, hier zu bestellen: <http://www.bkj.de/pub./magazin/id/638.html>.



der kreativen Konzentration, mit der die Teilnehmenden unter Anleitung der freien Theaterpädagogin Kathrin Lau Situationen wie den Klimawandel darstellten und veränderten, wie sie Szenen abwandelten, intervenierten. Und wie Veränderung im Raum stand, plötzlich und möglich.

Die Teilnehmenden wollen weiter im Schnittpunktbereich entwicklungs- politische/kulturelle Bildung arbeiten. Dazu soll es ein Netzwerktreffen im Sommer 2015 mit Akteuren aus beiden Bereichen geben.

Vielleicht erschien es mir unpassend, mit freudiger Motivation zu beginnen bei einem solch ernsthaften Thema. Wieso eigentlich?

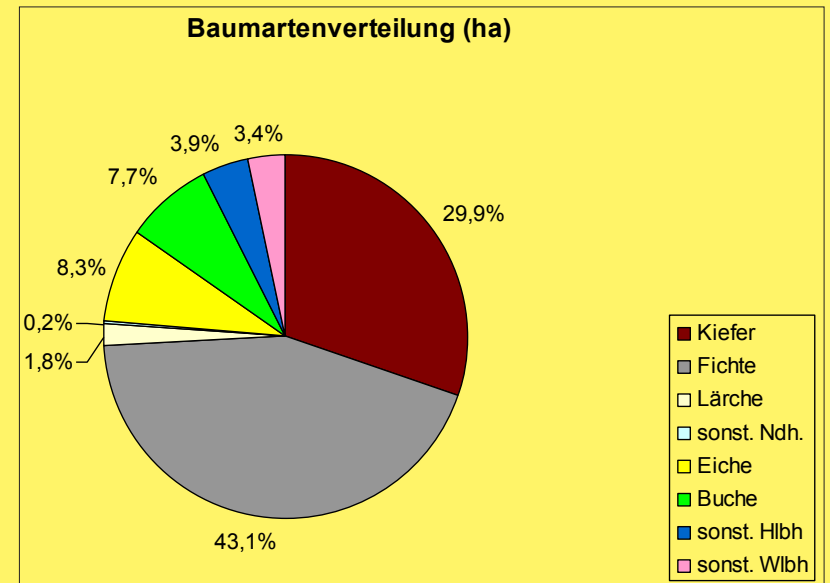
Lydia Schubert ist Studienleiterin für entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Globales Lernen an der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e.V.

Bildunterschriften:

1. Ganzheitliches Lernen
2. Perspektivwechsel
3. Freiraum zum Experimentieren

Bildautorin: Lydia Schubert

Die Vielfalt dieser großen Flächenkirche spiegelt sich ebenso, bedingt durch die natürlichen Wuchsbedingungen und die historische Entwicklung, in der Diversität ihrer Wälder und deren Bewirtschaftung wider. Das folgende Diagramm zeigt die Baumartenzusammensetzung der Kirchenwälder in Prozent.



Im Grundstücksgesetz der EKM sind Rahmen gesetzt worden, in denen kirchlicher Wald bewirtschaftet werden kann. Diese sind beispielsweise die ordnungsgemäße Forstwirtschaft, die Beförderung durch Förster bzw. forstliche Sachverständige, die Zertifizierung, ebenso wie Einschränkungen zu Kahlschlägen und Biozideinsatz.

Mit dem neuen Finanzgesetz wurde ab 2012 ein Forstausgleichsfonds aller kirchlichen Waldeigentümer eingerichtet. Er ermöglicht mit der gemeinsam anzusparenden Rücklage im Schadensfall, wie zum Beispiel durch Sturm, Windbruch, Insektenbefall oder Waldbrand, finanzielle Verluste auszugleichen. Insbesondere wird eine Wiederaufforstung mit standortgerechten Mischbaumarten gefördert, um stabile und artenreiche Wälder aufzubauen. Erste Anträge von geschädigten kirchlichen Waldbesitzern

konnten bewilligt werden. Die jährliche Wald-Umlage dient der Finanzierung fixer Kosten der Waldeigentümer der gesamten EKM. Sie sichert einen sozialen Ausgleich der in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich hohen Belastungen.

Die Waldfläche der EKM wurde durch Waldankauf, besonders für den Forstfonds, in den letzten zwei Jahren um ca. 250 Hektar erhöht. Derzeit werden ca. 6.000 Hektar Kirchenwald im Freistaat Thüringen von der Forsteinrichtung erfasst. Dies ist eine forstliche Inventur verbunden mit einer zehnjährigen Naturalplanung. Mit Spannung erwarten wir die Ergebnisse, die unter anderem die Baumartenzusammensetzung, die Holzvorräte und Naturschutzaspekte darstellen und das forstliche Handeln der letzten zehn Jahre durch externe Gutachter auswerten.

Anlässlich eines Arbeitsbesuches im April 2014 informierte sich Frau Landesbischöfin Ilse Junkermann vor Ort im Kirchenwald über die Bewirtschaftung und kam mit den verschiedenen Partnern des Forstbetriebes wie Vertretern der Kirchengemeinden, der staatlichen Forstverwaltung, der Forstunternehmer und Waldarbeiter sowie Gewerkschaften ins Gespräch.

Susann Biehl ist Kirchenoberforsträtin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland



4. Waldbau und Klimawandel

Ein Beitrag zur Anpassung von Kiefernwäldern an die sich ändernden Klimabedingungen
von György Asztalos

In den BRIEFE-Ausgaben 110 und 113 wurden in den Beiträgen zur Epigenetik und Evolution von Prof. Dr. Paul Gottlob Layer entwicklungsbiologische Änderungen durch epigenetische Mechanismen unter Umwelteinflüssen im menschlichen und tierischen Leben dargestellt. Wichtig war die Feststellung „Die Umwelt wirkt nicht nur selektionierend, sondern dirigierend“.

Im folgenden Beitrag wird dieser biologische Mechanismus im pflanzlichen Bereich besprochen, am Beispiel der Waldbäume. Vorgestellt werden Anpassungsprozesse an eine knappe Wasserversorgung von Jungpflanzen. Fotos von Experimenten dokumentieren die beeinflussende Wirkung von Trockenheit auf die Entwicklung des Wurzelsystems und verbesserte Wassernutzungskoeffizient der Pflanzen. In der Anpassung der Wälder an den Klimawandel ist die genetische Vielfaltsteigerung ein bedeutender Faktor.

Die Klimaveränderungen, die in unserer Region mit einem Rückgang der Niederschläge in der Vegetationsperiode, Temperaturextremen, Stürmen und verlängerten Vegetationsperioden verbunden sind, werden sich auf die heimischen Wälder in unterschiedlicher Form auswirken.

Die hiesige Vegetation hatte nach der letzten Eiszeit 8000 Jahre Zeit, um sich sukzessiv an die jeweilige Klimaphase anzupassen, von einer Jahresdurchschnittstemperatur von ca. 4 auf heute 8,8 Grad Celsius. Heute herrscht ein feucht-warmes, atlantisches Klima vor. In den 8000 Jahren entwickelte sich die Vegetation von einer Tundra ähnlichen Flora (d. h. kniehohe Sträucher und Flechten) zur heute vorhandenen Waldgesellschaft mit den dominierenden Baumarten Kiefer, Eiche, Buche, Fichte.

Die aktuell prognostizierte weitere Durchschnittstemperatursteigerung um 2 Grad Celsius in 90 Jahren (bis 2100) verlangt den hiesigen Wäldern eine sehr starke und schnelle Umstellung ab, d. h. eine Anpassung an trockene,

mit Witterungsextremen verknüpfte kontinentale Umweltbedingungen. Natürliche Anpassungsmechanismen wirken jedoch langsam (Jahrhunderte!) und nicht unbedingt in eine von der Forstwirtschaft gewünschte Richtung. Eine rechtzeitige, zielgerichtete Lenkung dieser Prozesse durch ein forstliches Zutun könnte die Entwicklungsprozesse beschleunigen und dirigieren.

Welche (neuen) Eigenschaften hiesiger Baumarten wären (aus Sicht der Forstwirtschaft) wünschenswert?

- Weniger Wasserbedarf und Wasserverbrauch in allen Lebensphasen
- Besserer Wassernutzungskoeffizient (Verbrauchte Wassermenge pro produzierter Holzmasse)
- Frühjahrs- und Hochsommer-Dürre-resistenz sowie Frostresistenz
- Tiefe Wurzelsysteme (Zugang zur Sommer-Wasserreserve und Sturmfestigkeit)

Die Forstwissenschaft empfiehlt als Hilfe für derartige Anpassungsprozesse heimischer Wälder eine vielfältige Gendifferenzierung sowie das Aussuchen und Verwenden von an die lokalen Gegebenheiten angepasste Baumarten unterschiedlicher Herkünfte (Lokalökotypen, Gastbaumarten aus kontinentaleren Gebieten). Diese sollen in unterschiedlichen Varianten getestet und bei positiven Ergebnissen zur Anwendung für die allgemeine Praxis empfohlen werden. Die Empfehlungen sollten umgesetzt werden, angepasst auf die lokal vorherrschenden Standortbedingungen. Jede Region muss aus diesem Grund ihre eigene, dem Standort entsprechende waldbauliche Lösung finden.

Die Klimaregion im Länderdreieck Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg ist in diesem Sinne ein Extremgebiet“. Was benötigen die hiesigen, sehr trockenen und mit Sandböden ausgestatteten Kieferwälder? Gibt es Wege, durch forstliche Anwendungen die Anpassungsprozesse zu beschleunigen bzw. den Zeitraum der Kontinentalklimatisierung hiesiger Kiefernwälder zu verkürzen?

Eine potenzielle Option besteht aus Sicht des Autors in der Anwendung gelenkter natürlicher Prozesse über einen längeren Zeitraum. Die Bewältigung des bestehenden und sich verstärkenden Wassermangels ist

dabei die zentrale Aufgabe. Dies könnte erreicht werden durch:

- Verringerung des Wasserbedarfs der Pflanzen durch Auswahl der Pflanzenherkunft und epigenetischer Adaptionsimpulse an die Trockenheit
- Ausbildung tieferer, nicht deformierter Wurzelsysteme
- „Hilfsaktionen“ zur Wasserhaushaltsverbesserung, Erhöhung der Speicherkapazität der Böden und Mykorsisierung der Wurzeln

Ein Weg dazu ist die Zusammenführung von vorteilhaften Genmischungen, verbunden mit trockenheitstoleranter Pflanzenzucht bei zukünftigen Wiederaufforstungen. Mit der Genmischung von Pflanzen kontinentaler Herkunft ist das Einbringen von Eigenschaften zu erwarten, die sich während der Evolution entwickelt haben und im genetischen Programm der Samen eingebettet sind. Dies können genetische Adaptionen an verbesserte Wasserausnutzungskoeffizienten, Dürre- und Frostresistenzen, tiefere Wurzelsysteme mit erhöhter Wassersaugkraft sein. Die genannten Eigenschaften können durch trockenheitstolerante Pflanzenzucht in den Baumschulen weiter gesteigert werden (Forcierte Anpassungsvorgänge durch das Einwirken der lokalen Standorteinflüsse).

Der mögliche Wirkungsgrad der o. g. Pflanzenzucht (Genetik und trockenheitstolerante Pflanzenzucht) auf sehr trockenen Sandböden der Region (das genannte Dreiländereck) soll durch Ergebnisse von Experimenten verdeutlicht werden, präsentiert durch Bilder und weitere Erläuterungen:

1. Wachstumsvorsprung der trockenheitstolerant erzogenen, lokalen Pflanzenherkünfte (Höhe ca. 8 Meter) im Vergleich zu Pflanzen aus handelsüblicher Herkunft (Höhe ca. 2 Meter nach 18 Jahren) bei einer zweireihigen Waldrandgestaltung mit 14 unterschiedlichen Baum- und Straucharten).

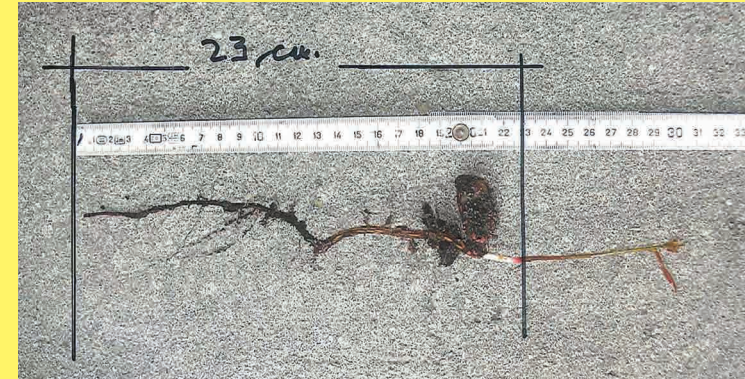




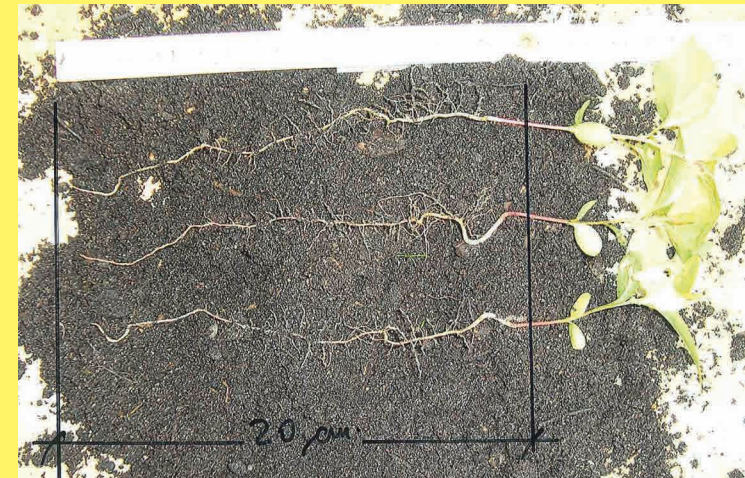
Esskastanie: Vorbereitung auf eine eventuelle Frühjahrsdürre mit ausreichender



2. Wurzeltiefe, eine im Erbgut mitgebrachte Eigenschaft. 23 cm Wurzeltiefe nur aus der Samenreserve für den Zeitraum vom Februar bis Ende April 2014. Wildapfel: Genetische Eigenschaft als Vorbereitung auf eventuelle Früh-



3. jahrsdürren. 14 cm Wurzeltiefe am 14. April 2014 und 20 cm am 5. Mai 2014. Die Experimente starteten im Februar 2014.



Esskastanie: sie entwickelt eine Art „Notwasserversorgungssystem“ auf

4. trockenen Standorten, d. h. 65 cm Wurzellänge bei nur 30 cm Sprosslänge im ersten Jahr. Dies stellt eine ausgezeichnete Resistenz gegen potentielle Frühjahrs- und Sommerdürren dar.
Esskastanie: Die Hauptwurzel ist beschädigt durch Schermausfraß. Ca. 20

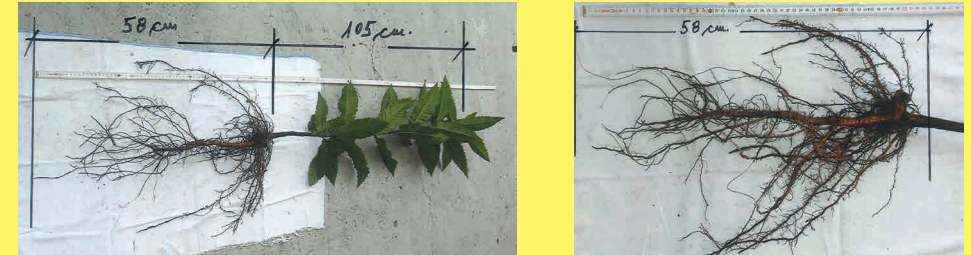


5. cm Wurzeltiefe, Tendenz zu breitem Seitenwurzelsystem. 26 cm Sprosslänge im ersten Jahr. Das bedeutet einen lebenslangen Pfahlwurzelverlust und eine spätere schlechte Notwasserversorgung.



Begleitwuchsunterstützter Esskastanienwuchs im ersten Jahr auf lockerem,

6. guten Boden. 58 cm Wurzeltiefe, 105 cm Sprosslänge.



7. Effizienz der Erbgutübertragung durch Samen. Mehr als 100 Stück Kiefer (55 Jahre) mit ähnlichem Krümmungsmuster (einer forstlich unerwünschten Wuchsform) auf einer beschränkten Fläche.



8. Ein Experiment ohne Abbildung: 95 Prozent Anwuchsquote auf einem sehr trockenen Sandstandort von 100 Stück trockenheitstolerant erzeugten Elsbeerenpflanzen (1/0). Im Vergleich dazu beträgt die Anwuchsquote von am gleichen Standort geplanten 100 Stück Elsbeerenpflanzen (1/0) aus stark gedüngten, gut bewässerten reichen Böden nur 5 Prozent. Dies ist eine Auswirkung der Erstjahresbedingungen bei der Pflanzenzucht auf die Anwuchsquote.

Tätig werden für die Zukunft!

Moderiert durch das Kirchliche Forschungsheim sollen in diesem Jahr folgende Anregungen weiter verfolgt werden:

1. Gespräche initiieren mit Interessierten zu den oben beschriebenen Themen. Ein Strategievorschlag, basierend auf aktuellen Fachpublikationen und Erfahrungen punktueller Experimente, durchgeführt im hiesigen Dreiländereck in den letzten zwei Jahrzehnten, soll es als Diskussionsgrundlage dienen.
2. Suche nach Partnern in der Region, um die in der Diskussion als sinnvoll erachteten Alternativen in der Praxis zu realisieren.
3. Thematisierung der Einführungsmöglichkeiten der genetischen und epigenetischen Anpassungsprozesse von Kiefernwäldern bei Waldbesitzern. Es sollte verdeutlicht werden, dass eine vorausschauende Anpassung der Wälder viel preisgünstiger und nachhaltiger ist als späterer Aktionismus zur Korrektur von Fehlentwicklungen. Dazu wäre in der Praxis eine „genetisch wirksame“ Mindestflächengröße notwendig, um die genetische Interaktivität zu fördern. Jeder Waldbesitzer sollte auf der eigenen Waldfläche nach eigenem Ermessen tätig werden können.
4. Evaluierung von Möglichkeiten zur Wasserhaushaltsverbesserung (Retention, Dauerhumus, Steigerung der nutzbaren Feldkapazität usw.) Erste Experimente lieferten bereits positive Ergebnisse.
5. Weiterführung der begonnenen, punktuellen Freilandlaborversuche unter den hiesigen, beinahe semiariden Standortbedingungen. Hierzu sollte der Focus auf die wirtschaftlich hoffnungsvollsten Baumarten gelegt werden.

Das Ziel aller Maßnahmen ist die Unterstützung und Beschleunigung der Anpassungsvorgänge hiesiger Kiefernwälder an den Klimawandel im Länderdreieck Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg. Diese Anpassungen sollen dabei in eine forstlich gewünschte Richtung gelenkt werden unter Beibehaltung der Wirtschaftskraft der Wälder.

György Asztalos war langjähriger Kirchenförster im Kirchenkreis Wittenberg

Die bleibende Aktualität der Texte möchte ich am Beispiel Gerechtigkeit aufzeigen¹.

Im Beschluss 2 heißt es im Abschnitt: „*Leben in Solidarität – eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit*“, Punkt. 1: *Ungerechte Weltwirtschaftsordnung* (3) „Wesentliche Wurzeln und Triebkräfte der weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit liegen in dem durch kapitalistische, das heißt einseitig marktwirtschaftliche Mechanismen geprägten internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem. Es wird bestimmt durch die Sucht nach immer mehr materiellen Wohlstand, die Macht des Geldes und das vorrangige Streben nach Gewinnmaximierung und neigt dazu, „Armut zu verhöhnern oder einfach zu ignorieren.“ Dies haben in Dresden fast alle Delegierten unterschrieben, von denen 1990 einige in politische Ämter der erweiterten Bundesrepublik kamen.

Im Beschluss 3 „*Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgaben, unsere Erwartungen.*“ werden Missstände und Menschenrechtsverletzungen genannt, von denen einige im Folgenden herausgegriffen werden. Schon die Formulierung der Überschrift des Beschlusses erschien als eine derartige Provokation, so dass diese den Staatssekretär für Kirchenfragen Löffler veranlasste, Bischof Hempel von der evangelischen Kirche Sachsens als Verantwortlichen für die Durchführung der ÖV in Dresden in der Nacht zum 30.04.1989, an dem die zwölf Beschlüsse verabschiedet werden, sollten anzurufen und mit gravierenden Folgen und auch Einschränkungen für die Kirchen in der DDR zu drohen, falls diese Passagen angenommen werden würden. Dieser Beschluss 3 müsse grundsätzlich verändert werden, so die Forderung des Staatssekretärs. Eine Abstimmung am 30.04.1989 aber ergab eine klare Abweisung dieser Drohung durch die ÖV.

Einige Beispiele aus dem Punkt 2 „Erfahrungen und Probleme“ dieses Beschlusses seien genannt: (6) ... „Der grundsätzliche Anspruch der Partei- und Staatsführung in Politik und Wirtschaft zu wissen, was für den Einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes notwendig und gut ist, führt dazu, dass der Bürger sich als Objekt von Maßnahmen, als „umsorgt“ erfährt, aber viel zu wenig eigenständige, kritische und schöpferische Mitarbeit entfalten kann.“. (7) ... „Wenn sich Bürger auf Grund gemeinsamer Interessen außerhalb gesellschaftlicher Organisationen zusammenfinden und anders handeln, geraten sie schnell in den Verdacht staatsfeindlicher Aktivitäten.“

– ... „Wer irgendwie auffällt und sich nicht wie erwartet verhält, muss mit Rückwirkungen in ganz anderen Lebensbereichen rechnen. Durch solche Ohnmachtserfahrungen werden Menschen entmutigt oder verbittert.“ (8) ... „Es fehlt in der DDR weithin an Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Weil vom Bürger erwartet wird, dass er sagt, was man hören will, hat er sich daran gewöhnt, etwas Anderes zu sagen, als er denkt, und anders zu handeln, als es seinen Überzeugungen entspricht. Es fehlt in der DDR die volle Rechtssicherheit.“ Im Punkt 3 „Erfordernisse und Erwartungen“ heißt es: (12)... „Wir brauchen eine Atmosphäre, die den Mut zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten fördert. Diese wird beeinträchtigt durch geheime Überwachung und noch immer ungenügenden Datenschutz.“

Diese Formulierung ist heute wieder hoch aktuell. Eine wesentliche Schlussfolgerung für das Verhalten von Kirchen und Christen ist auch im o.g. Beschluss 2.1. enthalten (Punkt 3.1. Handlungsorientierungen): „Wir meinen, dass wir unseren Lebensstandard nicht auf Kosten der Zwei-Drittel-Welt erhöhen dürfen. Daraus folgt, dass wir die Orientierung auf immer bessere Befriedigung der ständig wachsenden materiellen Bedürfnisse und am westlichen Wohlstand aufgeben. Wir wollen beginnen bewusster und einfacher zu leben – auch in unseren Kirchen.“

Die Ökumenische Versammlung in Dresden im April 1989 hat in einer bis dahin beispiellosen Offenheit gravierende Ungerechtigkeiten in der ehemaligen DDR aufgezeigt, aber gleichzeitig deutlich gemacht, dass der Weg einer kapitalistischen Weltwirtschaft nicht die Lösung sein kann. Diese Ansicht wird durch Aussagen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und von Papst Franziskus bestätigt. – In der Abschlusserklärung der 19. Vollversammlung des ÖRK 2013 in Busan heißt es im Abschnitt „Für einen gerechten Frieden in der Wirtschaft – damit alle in Würde leben können“. „Es liegt etwas im Argen, wenn das Vermögen der drei reichsten Menschen der Welt grösser ist als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder der Welt. Eine derart große sozialökonomische Ungerechtigkeit wirft ernsthafte Fragen auf mit Blick auf ein Wirtschaftswachstum, das soziale und ökologische Verantwortung ignoriert.“
... und ein paar Zeilen weiter:

„Die Schaffung einer „Ökonomie des Lebens“ ist ein Schritt, Frieden in der Wirtschaft zu stiften.“ – ... in dem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ des Papstes erfolgte 2013 eine Kapitalismuskritik, die in der Aussage gipfelt: „Diese Wirtschaft tötet“.

Fazit

Die Ökumenischen Versammlungen mit ihren Aussagen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind mit ihrer Kernbotschaft hoch aktuell. 2015 werden die Vereinten Nationen die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele (Post-2015-Agenda) für die nächsten Jahre beschließen, in denen Umwelt und Entwicklung wieder zusammengeführt und die Friedensfrage einbezogen wird. Die christlichen Kirchen und andere Religionsgemeinschaften täten gut daran, klare und eindeutige Positionen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu beziehen und diese als Alternativentwurf der Kirchen und Religionen zu präzisieren. Die Ökumenische Versammlung 2014 in Mainz hat in der „Mainzer Botschaft 2014“ Anregungen und Vorstellungen für gesellschaftliche Entwicklungen beschlossen, die in das Luther-Jubiläum 2017 einfließen sollten.

Dr. Klaus Wazlawik
Berater für Ökologie und Ökonomie bei der ÖV 1989 in Dresden
Ökumenisches Büro Treptow-Köpenick
oek_trep_köp@gmx.de

Hinweis der Redaktion: Die benannten Anlagen sind hier nicht abgedruckt, können aber bei der Redaktion angefordert werden.

Energie-Avantgarde Anhalt

von Thomas Glaubig

Auf Initiative des Bauhauses Dessau gründete sich Anfang 2015 der Verein „Energie-Avantgarde Anhalt“ mit dem Ziel, diese klassische Industrieregion mit 400 000 Einwohnern zu 100 Prozent mit erneuerbarer Energie aus der Region zu versorgen. Damit soll ein „Schaufenster“ und/oder ein „Reallabor“ die Energiewende begehbar gemacht werden.

Energiewende ist eine Anhalt-Tradition. Strom aus der Region sollte vor reichlich 100 Jahren in Berlin die Gasbeleuchtung ablösen, was dort auf Widerstände stieß, sich aber letztlich durchsetzte. Heute kann das Ende der Kohlewirtschaft im ehemals weltgrößten Braunkohlekraftwerk Zschornitz besichtigt werden.

Regionale erneuerbare Elektro-Energie hat im Stromnetz schon einen Anteil von über 25 Prozent. Regionale Politiker äußern sich positiv zum Vorhaben. Es gibt eine große Zahl potentieller Akteure, vom Photovoltaik-Hersteller über Stadtwerke, Installationsbetriebe, die Hochschule Anhalt bis hin zur Ferropolis-GmbH. Welche Pläne gibt es? Der Lastgang des Stromverbrauchs von Konzertveranstaltungen wurde ermittelt und eine „sunplugged“-Bühne gebaut, die erneuerbar versorgt wird. In Wittenberg soll ein Haus entstehen, das sich mit Hilfe eines großen Saisonal-Speichers zu 85% mit Photovoltaikstrom selbst mit Strom und Wärme versorgt – den Restbedarf deckt eine Holzheizung. In Feldheim gibt es „Dorfwerke“, die 35 von 37 Häusern mit Nahwärme und über ein neugebautes privates Stromnetz mit 100% erneuerbarer Energie „aus eigenem Anbau“ versorgen. „alterhausverwalter.de“ hat als Software-Unternehmen 19 Wohnungen so ausgerüstet, dass jeder Bewohner täglich alle seine Verbrauchswerte (Wasser, Strom, Wärme...) per Internet-Browser auf seinem Rechner kontrollieren kann und eine monatliche Ist-Abrechnung erhält. Resultat: Durchschnittlich 20% Verbrauchsreduzierung durch Änderung der Verbrauchsgewohnheiten.

Die Phantasie der Akteure reicht aber noch wesentlich weiter. Einiges wird am 25.04.15 zum „Tag der Energieavantgarde“ im Bauhaus zu erleben sein. Dabeisein wird sich lohnen!

Ars Vivendi

von Rosemarie Benndorf

Das Heft 113 der Briefe habe ich mit großem Interesse gelesen. Es bietet viel Diskussionsstoff und Nachdenkstoff.

Der Artikel Ars Vivendi ließ mich allerdings etwas ratlos zurück. Hier mangelt es mir entweder an Phantasie oder an Erfahrung. Ich kann mir zu den folgenden Beschreibungen nichts vorstellen: „Solidarität statt Konkurrenz, Lebensqualität statt Konsum usw., (S. 10), „in diesem Jahr haben wir in Leipzig das Projekt *Sinn fürs Geschäft* durchgeführt, in dem wir uns mit Pionieren einer neuen Wirtschaftsweise befasst haben“ (S. 11), „das Lebensgefühl in einer neuen Wirtschaft (...) ist eine völlig neue Art von Beziehungen“ (S. 13), „Die Menschen, die wir interviewt haben, sind zwar Überzeugungstäter aber keine Öko-Freaks“ (S. 12).

Wie sieht das konkret aus Solidarität statt Konkurrenz, wie haben die Pioniere gewirtschaftet, was ist die völlig neue Art der Beziehungen, wieso die Abgrenzung zu Öko-Freaks?

Mit anderen Worten mir fehlt es in diesem Artikel an konkreten Beispielen. Es wäre schön, wenn diese in einem späteren Heft nachgeliefert werden können. Ansonsten bleibt mir der Text als nicht mit dem Thema Vertraute nur schönes Wortgeklingel.

Auch zum Text von Gerrit von Jorck zu den Zeitpionieren habe ich eine Frage. Mir schien nach Lesen des Artikels das Wichtigste für einen Zeitpionier zu sein, nicht dass er weniger Zeit für den „Broterwerb“ einsetzt, sondern die Selbstbestimmung über diese Arbeitszeit. Das irritiert mich. Ich halte es für unmöglich, eine Gruppe/Gesellschaft zu bilden, indem jede/r zwar vielleicht alle Arbeiten erledigt, die nötig sind, aber nur zu diesem Zeitpunkt dem dieser Person passt. Kinder werden gefüttert, wenn der die Fütterer/in gerade Lust hat, Busse fahren irgendwann, der Bäcker backt irgendwann das Brot usw.

Dieser Luxus, irgendwann dem Broterwerb nachzugehen, ist für mich keine Pionierleistung der alle nachstreben können, sondern Egoismus.

Während ich das Anliegen, nicht so viel zu malochen, weil wir eh schon genug haben und zu wenig sind, voll unterstütze.

Stimmen zur Zukunft der Kirche

von *Christoph Kuhn*



Verlag Plöger Medien
GmbH Annweiler, 2014.
176 Seiten. 14,80 EURO.
ISBN 978-3-89857-298-9

Die Publizistin Beatrix von Weizsäcker hält in ihrem Vorwort den Titel „Genug gejammert!“ für provozierend. Inwiefern? Wer jammerte eigentlich und worüber? fragt sich, wer das Buch unvoreingenommen lesen will.

Aber offensichtlich richtet es sich vor allem an Haupt- und Ehrenamtliche der Kirche, von denen viele über „dahinschmelzende Mitgliederzahlen und Finanzmittel, über den schwindenden Einfluss auf Staat und Gesellschaft, über unerwünschte Gemeindefusionen, drohenden Pfarrermangel und erdrückende Gebäudelasten“ lamentierten, wie der Autor Martin Rothe einleitend schreibt.

Entwertet er damit nicht manch nötige „kritische Bestandsaufnahme“ als Jammern? Für seine Interviews wählte der evangelische Theologe und freie Journalist „Mutmacher“ aus, die er nicht für von „Zukunftsangst“ und „Kirchenpessimismus“ „angekränkt“ hält. Deshalb werden Defizite in der Kirche zwar benannt, aber selten analysiert – beziehungsweise oft und schnell als Chancen begriffen, von „Quer- und Vordenkern“, wie Rothe sie nennt: „Menschen mit ungewöhnlichen Perspektiven“ auf das „organisierte Christentum in seiner gegenwärtigen Gestalt“ (so die Klappentext-Definition für Kirche). Gerade von solchen angekündigten Perspektiven, von „ermutigenden Visionen“ steht zu wenig im Buch. Liegt das womöglich daran, dass 91 Prozent der befragten 14 Männer und neun Frauen evangelische oder katholische Theologinnen und Theologen mit Lehrstühlen oder kirchlich angestellte Pfarrer und Pfarrerrinnen sind? Dabei kennt Rothe „die Skepsis, mit der junge Intellektuelle von der Seitenlinie aus auf die Institution Kirche blicken“. Aber leider kommen sie, bis auf zwei Ausnahmen, nicht zu Wort. (Ältere auch nicht.)

Stimmen theologischer Laien, von Studienleiterinnen in Bildungshäusern, von kritischen Gottesdienstbesuchern, die noch an der Zukunft der Kirche interessiert sind, hätten wahrscheinlich besondere Akzente gesetzt. Bestimmt auch tiefergehende Fragen nach der Sprache der Kirche, ihrer inneren Kraft und politischen Wirkung. Trotzdem werden interessante Gedanken geäußert; sie betreffen aber weniger Christentum und Kirche, sondern mehr die Gesellschaft im Allgemeinen.

Bodenatlas 2015

Zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam und Le Monde Diplomatique hat der BUND die erste Ausgabe des „Bodenatlas 2015“ mit Daten, Grafiken und Fakten über die Bedeutung, die Nutzung und den Zustand von Land, Böden und Agrarflächen in Deutschland, Europa und weltweit veröffentlicht.

Der „Bodenatlas 2015“ macht greifbar: Land und Böden werden immer knapper. In Deutschland beispielsweise beträgt der Flächenverbrauch durch Städte- und Straßenbau mehr als 70 Hektar pro Tag. Dies entspricht der Fläche von über 100 Fußballfeldern. Ein Viertel aller Ackerflächen sind in Deutschland von Wind- und Bodenerosion betroffen – rund drei Millionen Hektar – während der Flächenverbrauch weiter steigt.

Zugleich importiert Deutschland Agrarprodukte und andere Verbrauchsgüter, die mit knapp 80 Millionen Hektar mehr als das Doppelte der eigenen Landesfläche in Anspruch nehmen. Für die Europäische Union sieht es auch nicht besser aus: Der Konsum der EU-Bürger benötigt eine Fläche von rund 640 Millionen Hektar pro Jahr, eineinhalb Mal mehr als die Fläche aller 28 Mitgliedstaaten zusammen beträgt. Rund 60 Prozent der für den europäischen Konsum genutzten Flächen befinden sich außerhalb der EU. Damit ist Europa der Kontinent, der für seinen Lebensstil, seine Agrarindustrie und seinen Energiehunger am meisten von Land außerhalb seiner Grenzen abhängig ist.

Die EU ist der weltweit größte „Importeur“ von Landflächen. Das meiste davon geht auf das Konto der intensiven Fleischproduktion, für die wir gigantische Mengen Futtermittel aus Ländern des globalen Südens importieren. Das Resultat ist, dass Kleinbauern und mittlere Betriebe zunehmend ihr Land und damit ihre Nahrungs- und Existenzgrundlage verlieren.

Jeder EU-Bürger verbraucht im Jahr 1,3 Hektar Land – das sind zwei ganze Fußballfelder und sechsmal so viel wie der Flächenverbrauch eines Einwohners von Bangladesch. Das widerspricht angesichts der Ernährungssituation in vielen Ländern jedem Sinn für Gerechtigkeit und ist auch ökologisch unhaltbar. Hier ist nicht nur der europäische Verbraucher mit verantwor-

tungsvolleren Konsumgewohnheiten gefragt, sondern vor allem die Politik: Die EU und Deutschland müssen ihre Agrarpolitik umsteuern und sich schrittweise von der Massentierhaltung verabschieden.

Deutschlands intensive Bodennutzung über die eigenen Landesgrenzen hinaus wirkt sich zudem gravierend auf globale Ökosysteme aus. Die Freisetzung von Kohlendioxid aus Böden durch nicht nachhaltige Bewirtschaftung ist nur ein Beispiel für die komplexen Folgen unseres Umgangs mit den Böden.

Wir brauchen endlich Bodenschutz per Gesetz

Der BUND fordert: Im internationalen Jahr des Bodens 2015 muss die Bundesregierung alles dafür tun, damit der Bodenschutz endlich gesetzlich geregelt wird. Immer mehr Flächen an fruchtbaren Böden in Europa werden durch schwere landwirtschaftliche Maschinen verdichtet, degradiert oder zerstört. Der fortschreitenden Überbauung, Erosion und dem Humusverlust muss Einhalt geboten werden.

Die einseitige Agrarförderpolitik der EU und Deutschlands fördert jedoch bislang vor allem das Wachstum landwirtschaftlicher Großbetriebe und die Konzentration des Landbesitzes in den Händen weniger. Das gilt insbesondere für den Osten Deutschlands und Europas. Eine Folge dieser Landkonzentration ist auch der Anstieg der Preise für Ackerland: Der Bodenpreis in Deutschland hat sich innerhalb von zehn Jahren verdoppelt! In Rumänien sind die Preise für Ackerland im selben Zeitraum sogar um 1800 Prozent gestiegen.

Link zum Bodenatlas 2015
www.boell.de/de/2015/01/05/bodenatlas-daten-und-fakten-ueber-acker-land-und-erde

Quelle: BUND.net

Hinweis der Redaktion:
Der Bodenatlas 2015 wird am 6.11.2015 in der Evangelischen Akademie in Wittenberg durch die Herausgeber präsentiert und mit den Teilnehmern diskutiert.

Tagung der AG Kirchenwald 2015

Praxisorientierte forstliche Forschung Wälder im Klimawandel – Herausforderungen für Standorte und Waldbau vom 27. bis 29. Mai 2015 auf dem „Weißen Hirsch“ in Dresden

Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Standorte und unser waldbauliches Handeln beschäftigen uns immer wieder. In diesem Jahr wollen wir dazu Vertreter aus der Forschung zu Worte kommen lassen. Weiterhin wollen wir unseren Blick über den Tellerrand schweifen lassen und uns mit dem Jüdischen Nationalfond Wald beschäftigen und besonders freuen wir uns auf die Vorstellung und die Diskussion zu den Leitlinien „Schöpfungsgerechte Waldnutzung“. Es grüßen auch im Namen der Vorbereitungsgruppe Veit Nitzsche, Rüdiger Häge und Michael Schicketanz

*Information: michael.schicketanz@kirchenwald.de
www.kirchenwald.de*

Mehr Vielfalt in Agrarlandschaften! (II) 26. bis 28. Juni 2015, Lutherstadt Wittenberg, Evangelische Akademie

Mit Blick auf die deutschen Agrarlandschaften beklagen Wissenschaftler und Naturschützer, dass die Vielfalt in den letzten Jahren weiter abgenommen hat. Eine der Ursachen wird im verstärkten Anbau von Bioenergiepflanzen und der weiteren Konzentration auf die „cash crops“ Winterweizen, Winterraps und Mais gesehen. Um gegenzusteuern, brauche es klare Ziele, verlässliche Daten, konkrete Maßnahmen und ausreichende Mittel – so ein Hauptergebnis der Vorjahrestagung des Arbeitskreises Landwirtschaft und Umwelt zum Thema. Diskutiert wird, wie das alles praktisch ausgestaltet werden kann.

*Information:
Siegrun Höhne; hoehne@ev-akademie-wittenberg.de
www.ev-akademie-wittenberg.de*

„Elbe und Saale als Lieblingssorte“ Ankündigung des 23. Elbe-Saale-Camps

Unter dem Motto „Lieblingssorte an Elbe und Saale“ wird vom 26. Juli bis 1. August das 23. Elbe-Saale-Camp in Barby stattfinden. Dies teilte Jutta Röseler, Sprecherin des Aktionsbündnisses Elbe-Saale und Barbyer Stadträtin von Bündnis 90/Die Grünen mit. Das Thema „Lieblingssorte“ macht auf die Bedeutung der Flusslandschaften für das Leben der Menschen aufmerksam, aber auch auf die erneute Gefährdung der Natur durch die Kanalbaupläne.

„Die Zustimmung des Landrates des Salzlandkreises, Markus Bauer, zu den schon fast beerdigten Kanalbauplänen überrascht das Aktionsbündnis, war doch der Landrat beim letzten Camp im Sommer 2014 in Barby zu Gast und hat sich gegenüber den vorgetragenen Argumenten als sehr offen und verständnisvoll gezeigt. Dem Landrat ist bewusst, dass er mit seiner jüngsten Pro-Kanalbau-Initiative die Entwicklung in eine falsche Richtung lenkt“ erklärt Jutta Röseler. „Eine Zunahme der minimalen Schifffahrt könnte nur durch zusätzlichen Bau von Elbe-Staustufen erreicht werden. Das würde eine Verschärfung der Hochwassergefahr durch Verringerung von Überschwemmungsräumen bedeuten unter gleichzeitigem Verlust der touristisch interessanten und einzigartigen naturnahen Flusslandschaft. Tourismus an freifließenden Flüssen benötigt keine ‚Aufwertung‘ durch Kanalisierung. Die 120 Millionen Kanalbau-Euro sollten vielmehr dort investiert werden, wo ein Nutzen für die Region zu erwarten ist.“

Röseler weiter: „Das vergangene Jahr war größtenteils durch langanhaltende Niedrigwasserperioden der Elbe gekennzeichnet. Es waren noch deutlich weniger Frachtschiffe unterwegs als in früheren Jahren. Wer mit diesem Wissen den Bau des Elbe-Saalekanals fordert, handelt fahrlässig, befördert Steuergeldverschwendung und tritt unumwunden für die Kanalisierung der Elbe ein, andernfalls wäre der Kanal ein völlig unnützer Beton-Torso in der Landschaft. Eine solche Entwicklung werden wir und auch große Teile der Bevölkerung nicht ohne Widerstand hinnehmen.“

Prof. Erich Buhmann, für das Bündnis 90/Die Grünen Mitglied im Naturschutzbeirat des Landes Sachsen-Anhalt, wird die Frage klären lassen, welche Fahrtiefen in der Elbe angesichts der häufigen Niedrigwasserzei-

ten überhaupt zu gewährleisten sind. Die Bekanntmachung dieser Daten ist erforderlich, um seriös darüber zu befinden, ob die Elbe den Anforderungen eines rentablen und planbaren Transportes von Massengütern ab Halle bzw. Bernburg genügen würde.

Rückfragen: Jutta Röseler, Sprecherin der Aktionsbündnisses Elbe-Saale und Barbyer Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen
www.elbe-saale-camp.de

Die Elbe im Fluss 8. Elbe-Kirchentag

Die Elbe berührt. Sie ist ein einzigartiger Teil unserer Schöpfung, ein erhaltenswertes Stück Natur und Kulturlandschaft. Doch soll der Fluss auch eine ganzjährig befahrbare Wasserstraße sein? Geht beides? Wie sieht die Zukunft der Elbe aus?

Zum 8. Elbekirchentag – zu Diskussionen, Gottesdiensten und Erkundungen an der Elbe laden die Evangelische Landeskirche Anhalts, Dessauer Kirchengemeinden, die Stadt Dessau-Roßlau in Zusammenarbeit mit dem Bistum Magdeburg, der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und Bürgerinitiativen am 12. September 2015 an die Gaststätte »Kornhaus« nach Dessau ein.

Programminformationen und Anmeldung unter www.elbekirchentag.de

Weiterbildung zur
NaturkindergärtnerIn/ FacherzieherIn für Natur & Ökologie
für pädagogisch Mitarbeitende in Kindertageseinrichtungen und Interessierte
September 2015 bis Juni 2016

Natur ist ein unverzichtbarer Erfahrungs- und Spielraum für Kinder. Da sie meist künstliche Funktions- und Bewegungsräume erleben, bleiben sie in Unkenntnis über Wachstum und Ernte von Pflanzen, über die unendlichen Möglichkeiten, mit Naturstoffen zu spielen und zu bauen

TERMINE

sowie über den natürlichen, verantwortungsbewussten Umgang mit Tieren. Die so bedingte Abhängigkeit von künstlichen Lebenswelten hemmt ihre Entwicklung und lässt das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten sich kaum entfalten. · bleibt unseren Kindern das Geheimnis der Natur als Quelle des Lebens verschlossen, ihre Sinne verkümmern, die Kreativität verarmt, ihnen bleiben großartige Entdeckungen vorenthalten. Die Lebendigkeit der Natur wird ihnen zum Feind statt zum Lehrmeister. Mit der Weiterbildung setzen wir dieser für die Lebensqualität negativen Spirale Lebenssinn und Lebenslust entgegen. Wir befähigen die Teilnehmenden auf der Basis eigener Erfahrungen, die Natur mit ihrem Reichtum als eine unerschöpfliche (religions-) pädagogische Quelle zu erkennen und dem Alltag der Kinder im Kindergarten eine am Leben orientierten, gesündere, wertebewusste Prägung zu geben. In vier Kursen wird diese Thematik umfassend erfahrbar.

Die Weiterbildung schließt mit dem Zertifikat „NaturkindergärtnerIn / FacherzieherIn für Natur & Ökologie“ ab.

Informationen: www.naturkindergarten.net

IMPRESSUM

REDAKTION:

Siegrun Höhne

HERAUSGEBER:

Studienstelle Naturwissenschaft, Ethik und Bewahrung der Schöpfung
(Kirchliches Forschungsheim seit 1927)

der Ev. Akademie Sachsen-Anhalt e.V.

Schlossplatz 1d | 06886 Lutherstadt Wittenberg

Fon: 03491 4988-0 | Fax: 03491 4988-22

forschungsheim@ev-akademie-wittenberg.de | www.ev-akademie-wittenberg.de

MITHERAUSGEBER:

Prof. Dr. Almut Beringer, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Dr. Hans-Joachim Döring, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland

Siegrun Höhne, Evangelische Landeskirche Anhalts

Heiko Reinhold, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN:

Die Mitglieder des Fördervereins unterstützen die Arbeit der Studienstelle Naturwissenschaft, Ethik und Bewahrung der Schöpfung mit ihrem Vereinsbeitrag (zzt.: 30,- EUR / Jahr) und sie erhalten regelmäßig die BRIEFE. Neue Mitglieder sind sehr willkommen. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf (siehe oben).

Wir freuen uns über Spenden für die Herstellung und den Versand der BRIEFE.

BANKVERBINDUNG (MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN):

Förderverein für die Forschungsstelle ökologische Bildung und Beratung
(Kirchliches Forschungsheim) e.V.

KD-Bank, Bank für Kirche und Diakonie

IBAN: DE98 3506 0190 1560 0890 11, BIC: GENODED1DKD

BILDNACHWEIS:

Titelbild: © Susann Biehl

S. 4, 6: © Dietrich Bungeroth

Themenseiten: S. 1, 2, 3: © Susann Biehl; S. 12: © Herr Lemme; S. 15, 16, 17, 18, 19: © György Asztalos

Blaue Seiten: S. 1, 2, 3: © Lydia Schubert

DRUCK:

Ökoprint, Chemnitz | Auflage: 900 Stück | Erscheinungsweise: 4 x jährlich

REDAKTIONSSCHLUSS BRIEFE, HEFT 113 (2/2015): 15.06.2015

POSTVERTRIEBSSTÜCK ENTGELT BEZAHLT
VERTRIEBSKENNZEICHEN 31127
DP.AG

ABSENDER:

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.
Schlossplatz 1d

06886 Lutherstadt Wittenberg

ZUM SCHLUSS

Waldfrevel

Ein hübsches Pärchen ging einmal
Tief in des Waldes Gründe.
Sie pflückte Beeren ohne Zahl,
Er schnitt was in die Rinde.

Der pflichtgetreue Förster sieht's.
Was sind das für Geschichten?
Er zieht sein Buch, er nimmt Notiz
Und wird den Fall berichten.

Wilhelm Busch